

Gefördert vom



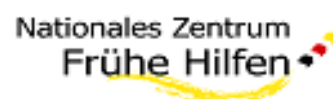
März 2020

Expertise

Wie kann im Kinderschutz ein Austausch verschiedener Akteurinnen und Akteure vor dem Hintergrund der bestehenden datenschutzrechtlichen Regelungen ermöglicht werden?

Lydia Schönecker, Aline Dittmann-Wolf, Susanna Lillig, Christine Gerber und Dr. Thomas Meysen

In Kooperation mit:





SOCLES

International Centre
for Socio-Legal Studies



Wie kann im Kinderschutz ein Austausch verschiedener Akteurinnen und Akteure vor dem Hintergrund der bestehenden datenschutzrechtlichen Regelungen ermöglicht werden?

EXPERTISE

LYDIA SCHÖNECKER, ALINE DITTMANN-WOLF, SUSANNA LILLIG,
CHRISTINE GERBER, DR. THOMAS MEYSEN

In Kooperation mit



Deutsches
Jugendinstitut



Inhalt

Einführung	2
1. Kooperation und Austausch im Kinderschutz	3
2. Welche Funktion erfüllt ein Informationsaustausch im Kinderschutz?	7
3. Was sagt der Gesetzgeber zu den datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen eines Austauschs zwischen Fachkräften verschiedener Institutionen im Kinderschutz?	8
3.1. Grundsätzliche Rahmungen	8
3.2. Datenschutzrechtlich relevante allgemeine Grundsätze	10
3.2.1. Allgemeine Strukturprinzipien	10
3.2.2. Begriff der „betroffenen Person“	11
3.2.3. Einwilligung	11
3.2.4. Informationen des Kindes bzw. Jugendlichen	13
3.3. Datenschutzrechtliche Regelungen für Erhebung und Weitergabe von Daten durch das Jugendamt	14
3.3.1. Datenerhebung	14
3.3.2. Datenübermittlung	18
3.4. Datenschutzrechtliche Rahmungen für Professionen außerhalb des Jugendamts	23
3.5 Austauschsituationen im Kinderschutzfallverlauf und ihre datenschutzrechtliche Zulässigkeit	25
3.5.1 Im Kontext einer Mitteilung nach § 8a SGB VIII	25
3.5.2 Im Kontext von multidisziplinären Risikoeinschätzungen	27
3.5.3 Im Hilfeverlauf	28
3.5.4 Konflikte im Helfersystem, Umgang mit unterschiedlichen Einschätzungen und multidisziplinäre Gefährdungseinschätzung ohne Einwilligung der Betroffenen	29
4 Fazit	35
Literatur	38
Anhang	41

Einführung

Fachkräfte im ASD oder Jugendamt¹ haben im Rahmen ihrer Tätigkeit im Kinderschutz komplexe und anspruchsvolle Aufgaben zu bewältigen. Sie müssen u.a. mögliche Gefährdungslagen von Kindern akut und mittelfristig einschätzen, ggf. unmittelbare Schutzmaßnahmen einleiten sowie längerfristige Hilfe- und Schutzkonzepte gemeinsam mit der Familie erarbeiten und deren Gelingen überprüfen. Dabei arbeiten ASD-Fachkräfte auch mit Fachkräften aus anderen Institutionen, Professionen und Systemen wie etwa von freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, aus der Gesundheitshilfe oder aus dem Bildungssystem zusammen. Informationen über Gefährdungsrisiken oder familiäre Belastungen werden ausgetauscht und Hilfeprozesse bewertet. Der Austausch von Fachkräften verschiedener Institutionen ist somit ein wichtiges Element multidisziplinärer Kooperation im Kinderschutz und dient insbesondere der gefährdungsbezogenen Informationsgewinnung und Informationsbewertung. Begrifflich ist in diesem Kontext zwischen *Vernetzung* und *Kooperation* zu unterscheiden. „Vernetzung als weitestgehende Form der Verknüpfung beinhaltet das organisierte Zusammenwirken verschiedener aufeinander abgestimmter Angebote in einer Versorgungsregion innerhalb eines Versorgungssystems (...)“ (van Santen/Seckinger 2003, S. 27). Der Begriff *Kooperation* hingegen wird als „(...) eine problembezogene, zeitlich und sachlich abgegrenzte Form der gleichberechtigten arbeitsteilig organisierten Zusammenarbeit zu festgelegten Bedingungen an einem von allen Beteiligten in einem Aushandlungsprozess abgestimmten Ziel mit definierten Zielkriterien verstanden (...) (ebenda). Kooperationen zeichnen sich durch zeitliche Kontinuität und eine gewisse Häufigkeit der Kontakte aus. Dabei kann zwischen fallbezogener und fallübergreifender Kooperation unterschieden werden. Eine konstruktive fallbezogene Kooperation der unterschiedlichen professionellen Akteurinnen und Akteure ist nur möglich, wenn diese miteinander kommunizieren (können) bzw. Kenntnis darüber haben, wann und aus welchem Grund ein Austausch zwischen den Fachkräften im Fallverlauf aus datenschutzrechtlicher Sicht zulässig und auch sinnvoll ist. Mit Blick auf die Frage, an welche Kooperationspartnerinnen und -partner unter welchen Voraussetzungen im Verlauf eines Kinderschutzfalles Informationen weitergeben werden dürfen oder von wem man diese einholen darf, bestehen aufseiten der Fachkräfte jedoch oftmals erhebliche Unsicherheiten.

Diese Expertise bezieht sich primär auf den Austausch im Rahmen einer fallbezogenen Kooperation, entsprechend beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen vorrangig auf diese Kooperationsform. Die Ausführungen richten sich primär an Fachkräfte der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe und

¹ Zur einfacheren Lesbarkeit werden in dieser Expertise Fachkräfte des öffentlichen Trägers, die Kinderschutzaufgaben entsprechend dem § 8a SGB VIII erfüllen, als Fachkräfte des ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst) oder Fachkräfte des Jugendamts bezeichnet. Andere Bezeichnungen für den gleichen Arbeitsbereich wie zum Beispiel Bezirkssozialdienst, Regionaler Sozialer Dienst oder Bezirkssozialarbeit werden in diesen Bezeichnungen zusammengeführt.

möchten diesen Orientierung im Hinblick auf einen datenschutzrechtlich legitimen Austausch in Kinderschutzfällen bieten. Zusammenarbeitsformen im familiengerichtlichen Verfahren sind nicht Gegenstand dieser Expertise.

1. Kooperation und Austausch im Kinderschutz

Die Zusammenarbeit zwischen Fachkräften aus unterschiedlichen Professionen und Institutionen im Kinderschutz wird als wesentlicher Bestandteil gelingender Kinderschutzarbeit betrachtet und ist Gegenstand zahlreicher Qualitätsentwicklungsbemühungen. Dass Kinderschutz mittlerweile als eine multidisziplinäre Aufgabe verstanden wird, spiegelt sich auch in den Aktivitäten von Bund und Ländern wider. Verschiedene vom Bund geförderte Landesmodellprojekte, das auf Initiative des Bundes im Jahr 2007 eingerichtete Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) sowie die verschiedenen landesgesetzlichen Regelungen zum Kinderschutz fördern die Etablierung regionaler Netzwerke der Frühen Hilfen und des Kinderschutzes sowie das multidisziplinäre Zusammenwirken, im Besonderen zwischen den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe und des Gesundheitswesens. Auch das im Jahr 2012 eingeführte Bundeskinderschutzgesetzes (BKISchG) enthält wesentliche Elemente im Hinblick auf die multidisziplinäre fallübergreifende sowie fallbezogene Kooperation. Die dem Gesetz implizite Aufforderung, zum Schutz von Kindern und Jugendlichen zusammen zu arbeiten, bedeutet auch für Akteurinnen und Akteure außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe eine neue Verbindlichkeit. So fordert § 3 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) die Länder dazu auf, verbindliche Strukturen der fallübergreifenden Zusammenarbeit zwischen den im Kinderschutz relevanten Akteurinnen und Akteuren zu etablieren und weiterzuentwickeln (vgl. § 3 Abs. 1 KKG). Die Schnittstelle von Gesundheitswesen und Kinder- und Jugendhilfe bzw. Jugendamt greift auch § 4 KKG auf. Er adressiert Berufsheimnisträger, zeigt ihnen das Vorgehen bei Bekanntwerden von Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung auf und beschreibt in diesem Zusammenhang unter welchen Voraussetzungen sie befugt sind, Informationen an das Jugendamt weiterzugeben. „Bei § 4 KKG handelt es sich somit auch um einen Leitfaden zur Verbesserung der Kooperation zwischen den genannten Berufsheimnisträgern und dem Jugendamt“ (Meysen/Eschelbach 2012, S. 115). Die Schilderungen verdeutlichen, dass das Zusammenwirken verschiedener Institutionen und ihrer Akteurinnen und Akteure im Kinderschutz auch von gesetzgeberischer Seite erwünscht ist, sogar gefordert wird.

Bislang existieren jedoch kaum empirische Befunde, die einen eindeutig positiven Effekt von fallbezogener Kooperation auf die Qualität des Kinderschutzhandelns belegen (vgl. Ziegenhain et al. 2011, S. 39). Eine Studie von Goldbeck et al. (2005) zeigte tendenziell eine Zunahme der Planungs- und Interventionssicherheit der Fachkräfte durch die Zusammenarbeit mit einem externen Hilfeprozess-Koordinator, der den Fallverlauf beratend und koordinierend begleitet (ebenda S. 82).

Im Hinblick auf „mittelschwere“ und „schwere Fälle“ wird jedoch eine Abnahme der selbsteingeschätzten Sicherheit der Fachkräfte hinsichtlich ihrer „Verdachtseinschätzung“ sowie „Folgenabschätzung“ beschrieben. Dieser Effekt wird dahingehend interpretiert, dass bei „mittelschweren“ sowie „schweren“ Gefährdungsfällen einer vorschnellen (Schein-)Sicherheit durch die Reflexion des Falles mit einem externen Kinderschutzexperten entgegengewirkt wird (ebenda S. 56 und 60). Daneben zeigte sich, dass die durch den Hilfeprozess-Koordinator begleiteten Fachkräfte die betroffenen Kinder seltener über ihre Rechte und Folgen der geplanten Maßnahmen aufklärten, ihr Recht auf Partizipation somit weniger im Blick der an der Studie teilnehmenden Fachkräfte war (ebenda S. 57, S. 60).

Bezogen auf die Häufigkeit der Zusammenarbeit im Kinderschutz zeigte die Studie „HESTIA - Policies and responses with regard to child abuse and neglect in England, Germany and the Netherlands“ (2017), dass Deutschland im Ländervergleich in der Kooperation im Kinderschutz eher zurückhaltend auftritt. So haben Jugendamtsmitarbeitende in Deutschland in den ersten Phasen der Fallbearbeitung weitaus weniger Kontakt zu professionellen Akteurinnen und Akteuren anderer Institutionen als dies in Holland und England der Fall ist (Witte 2017a, S. 5 zit. n. Kindler 2018). Weiterhin bildet die innerhalb des Projektes durchgeführte Analyse von Fallakten ab, dass die in den Verfahren zu treffenden Entscheidungen in Deutschland in fast der Hälfte der Fälle im Zusammenwirken mit dem eigenen Team sowie den Vorgesetzten getroffen wurden. In fast 14 % der Fälle wurden Entscheidungen durch die Fachkraft alleine getroffen. In Holland dagegen wurden Entscheidungen in weit über der Hälfte der Fälle im Zusammenwirken mit einer anderen Institution gefällt. In England fand die Entscheidungsfindung am häufigsten (48 %) im Rahmen multidisziplinär besetzter Fallkonferenzen („Multi-Agency Conference“) statt (Witte 2017b, S. 6 zit. n. Kindler 2018).

Weiterhin zeigen Praxiserfahrungen und empirische Befunde, dass Kooperation im Kinderschutz kein leichtes Unterfangen ist, sondern mit vielfältigen Herausforderungen für die involvierten Fachkräfte sowie Anforderungen an die strukturellen Gegebenheiten verbunden ist. Schwierigkeiten im Zusammenwirken ergeben sich zum Beispiel aus mangelnder Kenntnis über die Rollen und Aufgaben der Kooperationspartnerinnen und -partner und hiermit einhergehenden inadäquaten Erwartungen und Vorurteilen ihnen gegenüber. Daneben können die unterschiedliche Berufssozialisation der verschiedenen Professionen und die hiermit oftmals verbundene diskrepante Definition der im Kinderschutz relevanten Begrifflichkeiten sowie unterschiedliche Denk- und Handlungslogiken zu Schwierigkeiten in der multidisziplinären Verständigung führen (vgl. Ziegenhain et al. 2011, S. 41ff.; Fegert 2013/2014, S. 4; Fegert et al. 2010, S. 110). Die Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes zeigte zudem, dass Berufsgruppen über die Verwendung einer berufsspezifischen Sprache und bestimmter Begriffe ihren Kompetenzbereich markieren, der von fachfremden professionellen

Akteurinnen und Akteuren geachtet werden sollte. Das Nutzen der fachfremden Sprache kann von der Kooperationspartnerin/von dem Kooperationspartner beispielsweise als Herabsetzen seiner Kompetenz empfunden werden und zu Widerständen oder Konflikten in der Zusammenarbeit führen (vgl. Bertsch 2016, S. 57 f.). Schwierigkeiten in der Kooperation können sich auch aus den unterschiedlichen Aufträgen und gesetzlichen Grundlagen der verschiedenen Kooperationspartnerinnen und -partner ergeben (vgl. Ziegenhain et al. 2011, S. 40).

Ein im Fachdiskurs oftmals beschriebenes Kooperationshemmnis sind zudem Unsicherheiten im Hinblick auf den Datenschutz. Dieser Aspekt wirkt sich in unterschiedlicher Weise erschwerend auf die multidisziplinäre Zusammenarbeit aus. Kooperation im Kinderschutz basiert auf dem Austausch zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren. Aufseiten der Fachkräfte besteht jedoch häufig die Sorge, durch die Weitergabe von Informationen über ein Kind oder einen Jugendlichen gegen datenschutzrechtliche Vorgaben zu verstoßen sowie auch das Vertrauen der Klienten/Patienten zu missbrauchen und zu verlieren. Treffen Unsicherheiten bei Fachkräften außerhalb des ASD (z. B. bei Ärztinnen und Ärzten, Kinderkrankenschwestern) zusätzlich auf Vorbehalte hinsichtlich der Arbeit des Jugendamtes oder auf die Sorge, aufgrund einer Informationsweitergabe mitverantwortlich dafür zu sein, dass Kinder von ihren Eltern getrennt werden, hat dies in negativer Weise Einfluss auf die Bereitschaft, Informationen an das Jugendamt weiterzugeben (vgl. Gerber/Lillig 2018, S. 73). Daneben wird oftmals, im Besonderen durch Fachkräfte des Gesundheitswesens, die fehlende Rückmeldung vonseiten der Jugendämter über den weiteren Bearbeitungsprozess eines Falles beklagt (vgl. Bertsch 2016, S. 58 f.; Fegert et al. 2010, S. 110), welche das Jugendamt aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht geben darf. Dieser Sachverhalt wird von der übermittelnden Fachkraft zuweilen als kränkend (vgl. Fegert et al. 2010, S. 110) oder herabsetzend erlebt und kann sich entsprechend negativ auf die Kooperationsbeziehung auswirken.

Analysen problematisch verlaufender Kinderschutzfälle haben zudem gezeigt, dass professionelle Bemühungen zum Schutz eines Kindes auch scheitern können, wenn eine abgestimmte Zusammenarbeit und die Weitergabe relevanter Informationen in einem interdisziplinären Hilfesystem misslingen und/oder unterschiedliche Ergebnisse der Gefährdungseinschätzung nicht bekannt oder zu Konflikten im Helfersystem führen (vgl. Gerber/Lillig 2018, S. 71 ff., S. 78 f.; Kindler u.a. 2016, S.19).

Die dreifacher Hinsicht riskant für erfolgreichen Schutz und Hilfen kann es sein, wenn Uneinigkeit über die Einschätzungen zu Art und Umfang der Gefährdung sowie zum Risiko einer (erneuten) Misshandlung oder Vernachlässigung im Helfersystem nicht in geeigneter Form aufgegriffen und gelöst werden. Zum einen kann ein Dissens in der Gefährdungseinschätzung zu einem Konflikt

zwischen den Fachkräften führen, der den Austausch und die Abstimmung von Hilfe und Schutz für das Kind und seine Familie erschwert, wenn nicht sogar behindert. Die Folge kann sein, dass es nicht gelingt, die Hilfen in geeigneter Form zu koordinieren und die Ziele der Abwendung eines drohenden Schadens für das Kind sowie der Hilfe für die Familie zu knüpfen. Zum zweiten besteht das Risiko, dass verschiedene, durch die unterschiedlichen Kontexte der Begegnung mit dem Kind und seiner Familie begründeten Bewertungen nicht zu einer Gesamtbewertung zusammengefügt werden. Die einzelnen Einschätzungen bleiben somit ggf. unvollständig und die „guten Gründe“ für eine andere Einschätzung bleiben unverstanden. In der Folge kann es sein, dass einzelne Akteure die Gefährdung über- oder unterschätzen. Der dritte kritische Aspekt eines ungelösten Dissenses in der Gefährdungseinschätzung sind dadurch ausgelöste, widersprüchliche Botschaften an die Eltern, Kinder und Jugendliche. Im schlimmsten Falle wird der Dissens zwischen den Helfern über die Eltern ausgetragen, indem den Eltern Unverständnis bis hin zu Empörung über das Agieren und die Haltung einer anderen Fachkraft zum Ausdruck gebracht wird. Für die Eltern, Kinder und Jugendliche wird es in der Folge schwer, Vertrauen in die einzelnen Fachkräfte und v.a. in das Hilfenetz als Ganzes zu entwickeln.

In der Analyse von Fallverläufen wurden unterschiedliche Strategien deutlich, wie Fachkräfte versuchen, einen Dissens in der Gefährdungseinschätzung zu lösen, um (wieder) handlungs- und entscheidungsfähig zu werden (Gerber, Lillig 2018). Die im Folgenden aufgeführten Strategien haben sich jedoch im Nachhinein in den jeweiligen Fällen als ungeeignet erwiesen. Zum einen blieb der Dissens ungelöst, was dazu führte, dass die verschiedenen Fachkräfte unterschiedlichen Handlungslogiken folgten. Zum anderen wurde an einer falschen, resp. unvollständigen Einschätzung festgehalten, weil die unterschiedlichen Perspektiven nicht konstruktiv genutzt und in einer neuen, aktuellen Einschätzung integriert wurden. Im Folgenden eine kurze Übersicht über die Strategien:

- Die Aufgabe der Gefährdungseinschätzung wird vom Jugendamt als hoheitliche Aufgabe für sich in Anspruch genommen. Andere Einschätzungen werden zur Kenntnis genommen aber nicht in geeigneter Form verarbeitet.
- Kritik oder Zweifel an der Einschätzung des Jugendamtes werden zwar angesprochen, aber nicht nachhaltig eingebracht. Um Konflikte im Helfersystem sowie mit der auftraggebenden Institution zu vermeiden, wird dem Jugendamt als „letzterverantwortliche“ Stelle, die Verantwortung (und damit auch die Schuld für den Fall einer Fehleinschätzung) zugeschrieben.
- Die Fachkräfte wählen ein quasi-demokratisches Verfahren, indem sich das Einschätzergebnis an der Mehrheitsmeinung orientiert.

Trotz aller Herausforderungen und Schwierigkeiten wird Kooperation von Fachpraxis und Gesetzgebung zweifelsohne als wesentlicher Bestandteil funktionierenden Kinderschutzes eingestuft

(vgl. Ziegenhain et al. 2011, S. 39). Daneben ist sie, wie eingangs beschrieben, für die Kinderschutzarbeit der Fachkräfte der Jugendämter unerlässlich. Diese Expertise möchte dazu beitragen, datenschutzrechtliche Unsicherheiten abzubauen. Mit dem Ziel eine konstruktive Kooperation im Kinderschutz zu befördern, soll dargestellt werden, unter welchen Voraussetzungen ein multidisziplinärer Austausch im Fallverlauf möglich, sinnvoll oder sogar notwendig ist.

2. Welche Funktion erfüllt ein Informationsaustausch im Kinderschutz?

Interdisziplinäre Zusammenarbeit wird in unterschiedlichen Kontexten des Kinderschutzhandelns der Fachkräfte des Jugendamtes/ASDs relevant. Fallbezogene Kontexte für Kooperation und Zusammenarbeit im Kinderschutz sind insbesondere die Klärung von gewichtigen Anhaltspunkten im Zusammenhang mit einer Mitteilung oder Meldung, der ggf. wiederholte Prozess der Gefährdungseinschätzung, Hilfeauswahl, Hilfeplanverfahren sowie Hilfebringung und Hilfeüberprüfung. Die Zusammenarbeit zwischen Fachkräften des Jugendamts und Akteurinnen und Akteuren des Gesundheitswesens (z. B. Hebammen, Pädaterinnen/Pädiatern) ist insbesondere in der Säuglings- und Kleinkindzeit von Bedeutung. Fachkräfte des Gesundheitswesens sind oftmals die einzigen Personen, außerhalb des familiären Umfeldes, die in dieser Phase Zugang zu den Familien haben (vgl. Ziegenhain et al. 2011, S. 38) und Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung wahrnehmen können. Anzeichen für die Gefährdung eines Kindes oder Jugendlichen können aber auch in anderen Institutionen (z. B. Kita, Schule, freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Arge etc.) offensichtlich werden. Fachkräfte im ASD und Jugendamt müssen somit unterschiedlichste Hinweise anderer Fachkräfte aus verschiedenen Professionen und Institutionen auf eine mögliche Gefährdung eines Kindes oder Jugendlichen in einer ersten Einschätzung zur weiteren Handlungsplanung bewerten. Hierbei werden ggf. Rücksprachen mit den Hinweis Gebenden nötig. Im weiteren Bearbeitungsprozess erfordert dann eine multiperspektivische Informationssammlung möglichst relevante und ausreichende Informationen über den/die Minderjährige(n), ihre/seine Sicherheit, ihren/seinen Entwicklungsstand, ihre/seine familiäre und soziale Gesamtsituation sowie individuelle und familiäre Risiken und Ressourcen, um eine begründete Einschätzung einer möglichen Gefährdungssituation zu erarbeiten. Um einer Gefährdung des Kindes oder Jugendlichen entgegen zu wirken, kann die Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitenden der jeweils mit Kind und Familie befassten Stellen und den Fachkräften des Jugendamtes notwendig werden. Zur Einschätzung einer möglicherweise bestehenden Kindeswohlgefährdung ist es für Fachkräfte des Jugendamtes zudem oftmals unerlässlich die Perspektive oder Expertise anderer professioneller Akteurinnen und Akteure in den Einschätzungs- und Hilfeprozess einzubeziehen. Im Rahmen von für den Einzelfall erforderlichen Schutz- und Hilfemaßnahmen werden bei Hilfeauswahl, Hilfebeauftragung und

Hilfeüberprüfung wiederum Informationen zur individuellen und familiären Situation des Kindes, zu Risiken, Ressourcen sowie ggf. Veränderungen in Entwicklung und Verhalten des Kindes oder Jugendlichen, seiner Eltern und sonstiger wichtiger Bezugspersonen mit Fachkräften unterschiedlicher Institutionen (z.B. Sozialpädagogische Familienhilfe eines freien Trägers, Kinderkrankenschwester des Gesundheitsamtes) ausgetauscht. Ziel dieser interdisziplinären Austausch- und Klärungsprozesse ist jeweils, eine möglichst umfassende mehrperspektivische Sicht auf den Minderjährigen, das Erfassen möglicher oder vorhandener Risiken für seine Entwicklung sowie wesentlicher (familiärer) Beziehungen und Ressourcen sowie das Ermöglichte erforderlicher Veränderungsprozesse (vgl. Lillig 2006). Idealerweise sollten die Wahrnehmungen und Erkenntnisse aller am Hilfeprozess beteiligten Fachkräfte in eine Gefährdungseinschätzung einfließen können, um ein möglichst umfassendes Bild der elterlichen und familiären Risiken, Belastungen und Schutzfaktoren zu erhalten. Ein multiprofessionelles Hilfenetz ermöglicht zudem, unterschiedliche professionsspezifische Sichtweisen in die Sammlung und Abwägung von Risiken für das Kind/die Kinder einzubeziehen. Falls es jedoch im Hilfenetz keine Vereinbarungen gibt, welche Wahrnehmungen und Informationen von wem und wie in die Gefährdungseinschätzung integriert werden, können die unterschiedlichen Erfahrungen und Erkenntnisse der mit dem Kind und der Familie befassten Fachkräfte nicht zu einem komplexen Bild möglicher Risiken zusammengefügt werden. Die Gefährdungseinschätzung bleibt somit unvollständig, da sie weniger Informationen enthält als im Hilfenetz verfügbar wären.

Im Folgenden werden die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen, Möglichkeiten und auch Grenzen für einen interdisziplinären Austausch im Kinderschutz dargestellt.

3. Was sagt der Gesetzgeber zu den datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen eines Austauschs zwischen Fachkräften verschiedener Institutionen im Kinderschutz?

Autorin: Lydia Schönecker (SOCLES Inklusion, Erziehung & Teilhabe, Heidelberg)

3.1. Grundsätzliche Rahmungen

Hergeleitet als Bestandteil des verfassungsrechtlich garantierten allgemeinen Persönlichkeitsrechts (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) bzw. Art. 8 Abs. 1 EU-Grundrechtecharta basieren alle datenschutzrechtlichen Regelungen letztlich auf dem Anerkenntnis, dass Jede/Jeder das Recht darauf hat, grundsätzlich selbst zu entscheiden, ob, wann und welche Informationen über sich Dritten offenbaren möchte (sogenanntes **Recht auf informationelle Selbstbestimmung**, vgl. auch BVerfGE 65, 1 [42 f.]). Vor diesem Hintergrund wird der „Königsweg“ grundsätzlich in der Erteilung der Einwilligung des Betroffenen bzgl. des jeweiligen Informationsflusses (Datenerhebung, -speicherung,

-übermittlung) gesehen (Münder/Trenczek 2015, Rn. 641; vgl. zu den konkreten Anforderungen 3.2). Für den Fall, dass eine solche nicht vorliegt bzw. nicht zu erzielen ist, bedarf es einer datenschutzrechtlichen Ermächtigung. Anders als häufig angenommen, sind die Datenschutzregelungen somit keine Verbots-, sondern vielmehr Erlaubnisvorschriften, die regeln, unter welchen Voraussetzungen Daten in befugter, evtl. sogar verpflichtender Weise verarbeitet werden dürfen bzw. müssen (DIJuF/NZFH 2015, S. 8). Neben den Regelungen der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die seit Mai 2018 als unmittelbar geltendes Recht in Deutschland anzuwenden ist, sind im vorliegenden Kontext vor allem die Regelungen des SGB VIII und SGB X relevant.

Aus den im Kinderschutz primär zur Anwendung kommenden datenschutzrechtlichen Regelungen spricht zunächst im Ausgangspunkt das Anerkenntnis, dass helfende Professionen grundsätzlich auf vertrauensvollen Hilfebeziehungen fußen. Ob in der ausdrücklich strafbewährten Schweigepflicht von Ärztinnen/Ärzten, Psychologinnen/Psychologen, Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeitern, Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen oder Erziehungsberaterinnen/Erziehungsberatern (§ 203 StGB), ob in den Berufsordnungen der Gesundheitsberufe, im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben des SGB VIII oder des kirchenrechtlichen Datenschutzes – sie alle spiegeln die (gesetzgeberische) Erkenntnis wider, dass hilfreiche Beziehungen nur aufgebaut und erhalten werden können, wenn zwischen Helferinnen/Helfern und Patientinnen/Patienten bzw. Klientinnen/Klienten ein grundsätzlich informationsgeschützter „Hilferaum“ besteht (zur notwendigen Grundhaltung des Datenschutzes als nicht behinderndes, sondern wichtiges Element von sozialpädagogischer Beziehungsarbeit: Hundt 2019, S. 22; Münder/Trenczek 2015 Rn. 622, 625). Die Achtung des Bedürfnisses nach Vertraulichkeit (= Einhalten der datenschutzrechtlichen Vorgaben) erfüllt somit mit Blick auf das Gelingen von Hilfebeziehungen eine eigene Funktion (sogenannter **funktionaler Schutz von Hilfebeziehungen**; Schönecker 2009).

Gleichzeitig stehen die Professionellen in Kinderschutzfällen jedoch nicht nur in der Pflicht, gegenüber Eltern in grundsätzlich vertrauensgeschützten Hilfebeziehungen zu agieren. Sondern sie stehen ggf. gegenüber einem (mit-)betroffenen Kind auch in der Verantwortung, ihm (weitergehende) Hilfemöglichkeiten zu eröffnen und/oder – ggf. auch gegen den Willen seiner Eltern – Maßnahmen zu seinem Schutz zu veranlassen. Für die Wahrnehmung dieser **Kinderschutzverantwortung** in einer gleichwohl verlässlichen, grundsätzlich vertrauensgeschützten Hilfebeziehung mit den Eltern, hat der Gesetzgeber zunächst 2006 mit der Regelung des § 8a SGB VIII für die Professionellen in der Kinder- und Jugendhilfe eine Art „Geländer“ für das Vorgehen in Kinderschutzfällen aufgenommen. Im Zuge der zunehmend in den Fokus gerückten Mitverantwortung weiterer Professioneller für gelingenden Kinderschutz (Ärztinnen/Ärzten, Hebammen, Schwangerschaftsberaterinnen/Schwangerschafts-beratern etc.) erfolgte 2012 mit dem

Bundeskinderschutzgesetz dann die weitgehende Übernahme des § 8a SGB VIII-Verfahrens im Rahmen des § 4 KKG auch für die Personen außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe (grundlegend hierzu Meysen/Eschelbach 2012, Kap. 3 Rn. 54 ff.).

Diese Bemerkungen zu den grundsätzlichen Rahmungen der Datenschutzvorschriften im Kontext von Kinderschutzfällen vorweggeschickt, folgt zunächst eine kurze, komprimierte Darstellung der grundsätzlich zu beachtenden datenschutzrechtlich relevanten Grundsätze und Regelungen im Kinderschutz, wobei der primäre Fokus auf den für die Akteure in der Kinder- und Jugendhilfe relevanten liegt (3.2, 3.3 und 3.4). Anschließend werden die verschiedenen Anlässe des Austauschs im Fallverlauf jeweils nochmal hinsichtlich ihrer datenschutzrechtlichen Zulässigkeit betrachtet (3.5).

3.2. Datenschutzrechtlich relevante allgemeine Grundsätze

Seit Mai 2018 sind Ausgangspunkt datenschutzrechtlicher Prüfungen zunächst die in Deutschland unmittelbar geltende DSGVO sowie die sogenannten Erwägungsgründe zur DSGVO (EW DSGVO), die als eine Art Gesetzesbegründung für die Auslegung der DSGVO entscheidend sind (Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, Vor Kap. 4 Rn. 4). Dabei ist allerdings zu beachten, dass die DSGVO Öffnungsklauseln enthält, die den EU-Mitgliedstaaten den Erlass nationaler Regelungen erlaubt, u.a. auch für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben (vgl. Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. e DSGVO). Für die Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) finden sich entsprechende nationale Regelungen in § 35 SGB I, §§ 67 ff SGB X und §§ 61 ff SGB VIII, die vorrangige Geltung beanspruchen, sofern sie auf eine Öffnungsklausel der DSGVO zurückgeführt werden können. Ist dies nicht der Fall, sind die Regelungen der DSGVO vorrangig gegenüber deutschem Recht anzuwenden (ausführlicher zur Geltung der DSGVO in der Jugendhilfe: Hundt 2019, S. 26 ff.; Riekenbrauk 2018; AJS Merkblatt DSGVO 2018).

3.2.1. Allgemeine Strukturprinzipien

Die zentralen, grundsätzlich im Datenschutzrecht zu beachtenden Strukturprinzipien sind in Art. 5 DSGVO als Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten aufgeführt. Dabei ist der Begriff der „Verarbeitung“ abweichend vom bisherigen deutschen Verständnis als Oberbegriff für „jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten“ gefasst, wie z.B. „das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung“ (Art. 4 Nr. 2 DSGVO).

Zu diesen allgemeinen Strukturprinzipien gehören u.a. (vgl. Hoffmann, Münder/Meysen/Trenczek 2019, Vor Kap. 4 Rn. 8 ff.):

- *Rechtmäßigkeit der Verarbeitung*, d.h. jeder datenverarbeitende Vorgang im o.g. Sinn bedarf einer Rechtsgrundlage;
- *Transparenz*, d.h. alle Informationen und Mitteilungen zur Verarbeitung sind leicht zugänglich, verständlich und in klarer und einfacher Sprache gefasst. Im Sozialrecht fällt hierunter auch die Vorgabe, Daten grundsätzlich nur unter Mitwirkung der betroffenen Person zu erheben (vgl. § 62 Abs. 2, Abs. 3 SGB VIII);
- *Grundsatz der Datensparsamkeit*, d.h. die Datenverarbeitung muss zur Erreichung des Zwecks erforderlich sein. Im sozialrechtlichen Kontext bedeutet dies z.B., dass nur die Sozialdaten erhoben werden dürfen, die für das Wahrnehmen einer Aufgabe nach dem SGB notwendig sind (vgl. § 62 Abs. 1 SGB VIII).

3.2.2. Begriff der „betroffenen Person“

Zentral im (Sozial-)Datenschutz ist zudem der Begriff des Betroffenen bzw. seit der DSGVO die „betroffene Person“, dessen/deren personenbezogene Daten verarbeitet werden (Art. 4 Nr. 1 Halbs. 1 DSGVO) und an den/die sich die datenschutzrechtlichen Befugnisse regelmäßig ausrichten.

Allerdings gibt es in den Hilfe- und Aufgabekontexten des SGB VIII typischerweise immer wieder Situationen, in denen sogenannte **Sozialdaten mit Doppelbezug** verarbeitet werden, also beispielsweise die Mutter als unmittelbar mit der Fachkraft im Austausch stehende Person nicht nur Angaben zu sich selbst, sondern auch zu ihrem Kind, ihrem Mann und ihrer Mutter als Großmutter ihres Kindes mitteilt. Aufgrund der dann vorliegenden personenbezogenen Daten Dritter erweitert sich dementsprechend auch die Anzahl der „betroffenen Personen“ im Sinne des Datenschutzrechtes (Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, § 61 SGB VIII Rn. 8).

3.2.3. Einwilligung

Als Ausdruck einer Zustimmung zu einem Eingriff in das eigene Persönlichkeitsrecht, kann mit einer rechtswirksamen Einwilligung der betroffenen Person grundsätzlich jeder datenverarbeitende Vorgang legitimiert werden. Die Prüfung, ob hierfür (auch) eine gesetzliche Befugnis besteht, erübrigt sich dann grundsätzlich (ausführlich zu den Voraussetzungen: Riekenbrauk 2018, S. 148 f., ebenso – wie auch zum Verhältnis Einwilligung und gesetzliche Befugnisse – Hoffmann 2017).

Eine einheitliche Definition einer in diesem Sinne relevanten Einwilligung findet sich in Art. 4 Nr. 11 DSGVO: „jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist“.

Seit der DSGVO ist insbesondere für die Erfüllung des Merkmals der **Freiwilligkeit** eine ausdrückliche Hürde eingebaut. Grundsätzlich gilt eine Einwilligung dann als freiwillig, wenn die betroffene Person

„eine echte oder freie Wahl hat und somit in der Lage ist, die Einwilligung zu verweigern oder zurückzuziehen, ohne Nachteile zu erleiden“ (EW 42 Satz 5 DSGVO). Diese Voraussetzung einer tatsächlich freiwilligen Willensbekundung wird jedoch von vornherein dann in Frage gestellt, „wenn es sich bei dem Verantwortlichen um eine Behörde handelt“ und daher „zwischen der betroffenen Person und dem Verantwortlichen ein klares Ungleichgewicht besteht“, sodass in diesen Fällen davon ausgegangen wird, dass die Einwilligung „keine gültige Rechtsgrundlage“ liefere (EW 43 Satz 1 DSGVO). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Jugendämter – sofern sie sich zusätzlich nicht auf eine andere datenschutzrechtliche Befugnis berufen können – eine besondere Darlegungs- und Beweispflicht des Vorliegens einer „tatsächlich freiwillig“ erteilten Einwilligung trifft, wenn sie ihr datenschutzrechtlich relevantes Vorgehen (z.B. im Rahmen eines Widerspruchs von Eltern gegen eine erfolgte Datenweitergabe) auf dieser Grundlage rechtfertigen wollen bzw. müssen (Riekenbrauk 2018, S. 149; Hundt 2019, S. 75).

Aus dieser Voraussetzung einer freiwilligen Erklärung folgt im Umkehrschluss zudem die Notwendigkeit, die Betroffenen über die jederzeitige **Widerrufsmöglichkeit** – mit Wirkung für die Zukunft – aufzuklären (Art. 7 Abs. 3 DSGVO).

Weitere wichtige Voraussetzung ist, dass die Einwilligung „**in informierter Weise**“ erfolgt. EW 42 Satz 4 DSGVO macht insofern die Vorgabe, dass die betroffene Person „mindestens wissen [muss], wer der Verantwortliche ist und für welche Zwecke ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen.“ Daraus folgt, dass der Einwilligende mindestens informiert werden muss über:

- Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen („**Wer** wird von Schweigepflicht entbunden?“),
- den Empfänger der personenbezogenen Daten („**Wem gegenüber** dürfen Informationen weitergegeben werden?“),
- den Zweck der Verarbeitung sowie deren Rechtsgrundlage („**Wozu** dient die Einwilligung?“),
- die konkrete Bedeutung/Tragweite der Einwilligung („**Was** ist Inhalt bzw. sind die Themen der Informationsweitergabe?“); anstelle einer Positiv-Benennung der Inhalte kann ggf. auch hilfreich sein, bestimmte Inhalte/Themen ausdrücklich zu benennen, die nicht weitergegeben werden dürfen. Entsprechend des Erforderlichkeitsprinzips sollte leitende Orientierung im Aushandlungsprozess mit den Eltern sein: so viele Informationen wie nötig, so wenige wie möglich.

Daraus folgt, dass Pauschal- bzw. Blankoeinwilligungen in jedem Fall unzulässig sind (Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, Vor Kap. 4 Rn. 29; Riekenbrauk 2018, S. 149; Hundt 2019, S. 76).

In der Praxis besteht häufig das nachzuvollziehende Bedürfnis, der Einfachheit halber mit **gegenseitigen Einwilligungserklärungen** zu arbeiten (z.B. die gegenüber dem Jugendamt erteilte

Einwilligung zum Gespräch mit dem Kinderarzt gilt umgekehrt auch gleichzeitig für den Kinderarzt). Ein solches Vorgehen ist rechtlich nicht per se unzulässig, muss sich aber dann in zweifacher Hinsicht (im Beispiel also sowohl gegenüber dem Jugendamt als auch dem Kinderarzt) an den hier benannten Vorgaben messen lassen. D.h. es ist entscheidend zu berücksichtigen, dass es sich – auch wenn nur einmal mit der Familie thematisiert – eigentlich um die Öffnung von zwei Vertrauensbeziehungen handelt. Wichtig erscheinen hier, vor allem zwei Aspekte besonders zu beachten:

- Zum einen die **Freiwilligkeit**, d.h. die gegenseitige Geltung sollte nicht per se und von vornherein als solches formuliert sein, sondern vielmehr als eine der beiden Optionen. Das heißt, den Einwilligenden sollte auch die Möglichkeit eingeräumt sein, zunächst nur eine einseitige Einwilligungserklärung abzugeben (im Beispiel: gegenüber dem Jugendamt), um in der Folge in einem zweiten Austausch- und Abwägungsprozess (im Beispiel: mit dem Kinderarzt) das Ob und die Reichweite des Informationsaustauschs in Bezug auf dieses Vertrauensverhältnis thematisieren zu können.
- Zum anderen müsste die Formulierung der **Inhalte** der Einwilligung besonders achtsam erfolgen bzw. könnte in diesem Fall kein Ausschluss bestimmter Daten vermerkt werden (z.B. „Sie dürfen sich von mir aus über alles austauschen, aber bitte nicht über die Alkoholkrankheit meines Mannes!“). Denn da die Einwilligungserklärung vor einem gemeinsamen Informationsaustausch als Befugnisgrundlage eigentlich beiden Informationsgebern vorliegen muss (d.h. im Beispiel: das Jugendamt die gegenseitige Einwilligungserklärung dem Kinderarzt zuvor zukommen lassen muss), würde das Gegenüber ansonsten von diesem Negativvermerk zwangsläufig doch Kenntnis erlangen.

Eine Mustervorlage für eine (gegenseitige) Einwilligungserklärung befindet sich im Anhang dieser Expertise.

3.2.4. Informationen des Kindes bzw. Jugendlichen

Solange und soweit Kinder und Jugendliche nicht selbst einwilligungsfähig sind, obliegt die Entscheidung über ihre Daten den Personensorgeberechtigten. Handelt es sich hierbei um getrenntlebende, aber gemeinsam sorgeberechtigte Eltern, ist hinsichtlich der Anforderungen an die Kommunikation mit ihnen sowie eine wirksame Einwilligungserklärung grundsätzlich zu unterscheiden (vgl. § 1687 BGB):

- Handelt es sich bei der betreffenden Angelegenheit um eine solche der sogenannten „Alltagsorge“, d.h. eine **Angelegenheit des täglichen Lebens**, die häufig vorkommt und keine schwer abzuändernden Auswirkungen auf die Entwicklung des Kindes hat, reicht es, sich sowohl hinsichtlich der Kommunikation als auch bzgl. der Einholung einer Einwilligung (z.B. für eine Informationsweitergabe) allein an den betreuenden Elternteil zu halten.

- Geht es hingegen um eine **Angelegenheit von erheblicher Bedeutung**, d.h. eine solche, die für die künftige Entwicklung und Sozialisation des Kindes, aber auch sein soziales Umfeld von erheblicher Bedeutung sind – wie es in Kinderschutzkontexten regelmäßig anzunehmen sein dürfte –, bedarf es einer Kommunikation mit und Einwilligungserklärung von beiden Elternteilen.

Eigene **Einwilligungsfähigkeit junger Menschen** ist dann anzunehmen, wenn sie hinsichtlich der beabsichtigten Informationsverarbeitung (z.B. Weitergabe von Daten) selbst über die nötige Einsichts- und Urteilsfähigkeit verfügen, was auf der Grundlage ihres Reifeszustandes sowie ihrer Fähigkeit zur sachgerechten Folgenabschätzung zu beurteilen ist. Als Obergrenze in der Orientierung dürfte § 36 Abs. 1 S. 1 SGB I gelten, der die sozialrechtliche Handlungsfähigkeit junger Menschen ab Vollendung ihres 15. Lebensjahrs annimmt (Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, Vor Kap. 4 Rn. 20 spricht von „durchschnittlich entwickelte Mj. sind idR mit Vollendung des 14. Lebensjahrs hinsichtlich der Mehrzahl an Eingriffen in ihre persönlichen Rechtsgüter ... selbst einwilligungsfähig“; so auch Hundt 2019, S. 74). Eine pauschale Festlegung einer bestimmten Altersgrenze ist jedoch nicht möglich, sondern erfordert jeweils eine Einzelfallprüfung.

Ohne vorherige Einwilligung der Eltern – auch in dem Fall einer vermuteten Kindeswohlgefährdung – darf nur in Ausnahmefällen „an den Eltern vorbei“ mit Kindern oder Jugendlichen gesprochen werden bzw. dürfen bei diesen Daten direkt erhoben werden. Hier ist zunächst eine Erhebung der Daten bei den Eltern bzw. das Einholen der Einwilligung der Eltern, dass ein Gespräch mit dem Kind geführt werden darf, anzustreben. Nur in dem Fall, dass aus Sicht der Fachkraft durch dieses Vorgehen der Schutz und die Hilfe für das Kind gefährdet wird, ist ein Gespräch mit dem Kind/dem Jugendlichen (z. B. in der Kita, in der Schule) ohne Einwilligung der Erziehungsberechtigten aus datenschutzrechtlicher Sicht legitim. Ein Gespräch mit dem Kind oder Jugendlichen ohne Kenntnis und Einwilligung der Eltern ist datenschutzrechtlich auch zulässig, wenn sich der junge Mensch eigeninitiativ an das Jugendamt wendet und um Hilfe bittet.

3.3. Datenschutzrechtliche Regelungen für Erhebung und Weitergabe von Daten durch das Jugendamt

3.3.1. Datenerhebung

Die von Jugendämtern im Kontext von Datenerhebungen zu beachtenden Vorgaben finden sich grundsätzlich in § 62 SGB VIII, ergänzt um die seit der DSGVO zusätzlich zu beachtenden Informationspflichten (§§ 82, 82a SGB X i.V.m. Art. 13 f. DSGVO).

§ 62 Datenerhebung

- (1) Sozialdaten dürfen nur erhoben werden, soweit ihre Kenntnis zur Erfüllung der jeweiligen Aufgabe erforderlich ist.
- (2) Sozialdaten sind beim Betroffenen zu erheben. Er ist über die Rechtsgrundlage der Erhebung sowie die Zweckbestimmungen der Erhebung und Verwendung aufzuklären, soweit diese nicht

offenkundig sind.

(3) Ohne Mitwirkung des Betroffenen dürfen Sozialdaten nur erhoben werden, wenn

1. eine gesetzliche Bestimmung dies vorschreibt oder erlaubt oder
2. ihre Erhebung beim Betroffenen nicht möglich ist oder die jeweilige Aufgabe ihrer Art nach eine Erhebung bei anderen erfordert, die Kenntnis der Daten aber erforderlich ist für
 - a) die Feststellung der Voraussetzungen oder für die Erfüllung einer Leistung nach diesem Buch oder
 - b) die Feststellung der Voraussetzungen für die Erstattung einer Leistung nach § 50 des Zehnten Buches oder
 - c) die Wahrnehmung einer Aufgabe nach den §§ 42 bis 48a und nach § 52 oder
 - d) die Erfüllung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a oder
3. die Erhebung beim Betroffenen einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt werden oder
4. die Erhebung bei dem Betroffenen den Zugang zur Hilfe ernsthaft gefährden würde.

(4) Ist der Betroffene nicht zugleich Leistungsberechtigter oder sonst an der Leistung beteiligt, so dürfen die Daten auch beim Leistungsberechtigten oder einer anderen Person, die sonst an der Leistung beteiligt ist, erhoben werden, wenn die Kenntnis der Daten für die Gewährung einer Leistung nach diesem Buch notwendig ist. Satz 1 gilt bei der Erfüllung anderer Aufgaben im Sinne des § 2 Absatz 3 entsprechend.

Danach setzt jede Erhebung von Sozialdaten entscheidend voraus, dass sie zur Erfüllung der jeweiligen Aufgabe erforderlich ist (§ 62 Abs. 1 SGB VIII). **Erheben** bedeutet ein gezieltes Gewinnwollen von Informationen, welches jedoch nicht allein durch ausdrückliches Erfragen stattfinden muss, sondern z.B. auch durch Beobachtungen erfolgen kann (beispielsweise den Zustand einer Wohnung während eines Hausbesuchs). Zufällig erlangte oder aufgedrängte Informationen fallen nicht darunter, unterliegen aber in der Folge den gleichen datenschutzrechtlichen Vorgaben (z.B. bezüglich ihrer Speicherung oder Weitergabe) wie die vom Jugendamt gezielt erhobenen Informationen (Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek, § 62 SGB VIII Rn. 6). Als **erforderlich** gelten all die Daten, die nach Einschätzung der Fachkraft zur rechtmäßigen, vollständigen und rechtzeitigen Aufgabenerfüllung notwendig sind. In diesem Sinne erforderlich gelten auch kommunikative Fragen der Fachkraft, die sie zum Zweck der Herstellung einer vertrauensvollen Gesprächsbeziehung einsetzt (Mörsberger, in: Wiesner 2015 § 62 SGB VIII Rn. 9). Unzulässig sind hingegen Datenerhebungen „auf Vorrat“ (Kunkel, in: Kunkel/Kepert/Pattar 2018 § 62 SGB VIII Rn. 3; Mörsberger, in: Wiesner 2015 § 62 SGB VIII Rn. 7), d.h. solche ohne konkreten Bezug zur Erfüllung der jeweiligen Aufgabe, also zur Befriedigung der privaten und der professionellen Neugier, oder Fragen im Sinne eines „Wer weiß, was sonst zukünftig noch alles von Interesse sein kann“.

Des Weiteren gibt § 62 Abs. 2 SGB VIII vor, dass jede Datenerhebung grundsätzlich über den jeweils **Betroffenen selbst** zu erfolgen hat, es sei denn dieser hat seine ausdrückliche Einwilligung erteilt, dass die Datenerhebung bei Dritten stattfinden darf (Münder/Trenczek 2015 Rn. 638; zu den Voraussetzungen einer wirksamen Einwilligung s. oben b). Gem. § 62 Abs. 2 S. 2 i.V.m. Art. 13 DSGVO ist zudem Voraussetzung, dass der Betroffene vor der Datenerhebung von der Fachkraft umfassend **informiert** wird. Dies beinhaltet u.a. Angaben zu Zweck und Rechtsgrundlage der Datenerhebung, zu den Empfängern der Daten, die (vermutliche) Dauer der Datenspeicherung, die Rechte des Betroffenen und seine Pflicht zur Bereitstellung der Daten bzw. mögliche Folgen seiner Verweigerung (Hundt 2019, S. 58 ff).

Wichtige Ausnahmen von diesem Grundsatz der Betroffenenenerhebung finden sich in § 62 Abs. 3 SGB VIII. In den dort genannten Situationen ist eine Erhebung von Sozialdaten auch **ohne Mitwirkung des Betroffenen** zulässig, wobei auch hier Voraussetzung ist, dass zuvor zumindest der Versuch der Datenerhebung beim Betroffenen selbst erfolgt ist (Kunkel, in: Kunkel/Kepert/Pattar § 62 SGB VIII Rn. 12). Eine solche sogenannte Dritterhebung („ohne Mitwirkung des Betroffenen“) liegt grundsätzlich immer dann vor, wenn die Datenerhebung ohne Konsens des Betroffenen erfolgt, also z.B. auch beim „heimlichen“ Beobachten oder Recherchieren von Daten ohne Kenntnis der betroffenen Person (Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, § 62 SGB VIII Rn. 26).

Beispiel einer Datenerhebung durch „heimliche“ Beobachtung: *Einer Jugendamtsfachkraft fallen im Rahmen eines Hausbesuches bei einer Familie äußerst mangelhafte hygienische Zustände in der Küche auf. Sie teilt den Eltern ihre Beobachtung nicht mit, dokumentiert sie jedoch später in der Akte und/oder bringt sie in die Fallbesprechung zur Gefährdungseinschätzung ein. Diese Form der (zufälligen) Datenerhebung stellt eine „heimliche“ Beobachtung dar.*

Da es im Kontext der Inanspruchnahme von Hilfen nach dem SGB VIII zu den Mitwirkungspflichten gehört, auch die dafür notwendigen Informationen mitzuteilen, zielen die in § 62 Abs. 3 SGB VIII benannten Ausnahmen vor allem auf Situationen der Erfüllung der anderen Aufgaben des Jugendamtes (vgl. § 2 Abs. 3 SGB VIII), wie z.B. im Rahmen seines Schutzauftrags, wo der Schutz junger Menschen vor Gefahren für ihr Wohl nicht (allein) von der Mitwirkung des/der Betroffenen abhängig gemacht werden kann.

Dabei hat die erste Befugnis zur Dritterhebung – wenn eine solche gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist (§ 62 Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII) – im Kinderschutzkontext keine Bedeutung. Insbesondere sind die z.B. in § 8a SGB VIII niedergelegten Regelungen (z.B. Durchführung einer Gefährdungseinschätzung) lediglich als gesetzliche Aufgabenbeschreibungen, aber nicht für § 62

Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII relevante anderweitige datenschutzrechtliche Befugnisse zu verstehen (Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, § 62 SGB VIII Rn. 28).

Bedeutsam im Kinderschutz sind jedoch die zwei in § 62 Abs. 3 Nr. 2 SGB VIII benannten Fallgruppen zulässiger Dritterhebung, wenn Daten im Rahmen einer Inobhutnahme (Buchst. c) oder zur Erfüllung des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII (Buchst. d) erforderlich sind, eine entsprechende Erhebung beim Betroffenen jedoch entweder nicht möglich ist (sei es, weil dieser die notwendigen Informationen nicht geben kann, sei es, weil er diese nicht geben will) oder die jeweilige Aufgabe ihrer Art nach eine Erhebung bei anderen erfordert (Kunkel, in: Kunkel/Kepert/Pattar 2018, § 62 SGB VIII Rn. 17; Mörsberger, in: Wiesner 2015, § 62 SGB VIII Rn. 27). Auch im Rahmen der Wahrnehmung des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII verpflichtet der Gesetzgeber die Fachkräfte grundsätzlich zur Einbeziehung der Eltern, d.h. auch zur direkten Informationsgewinnung bei ihnen. Erst wenn also diese nicht ausreichend mitwirken oder weiter aufzuklärende Zweifel bleiben, sodass das Einholen weiterer Informationen erforderlich ist, gibt § 62 Abs. 3 Nr. 2 SGB VIII die Befugnis zur Dritterhebung. Allerdings gilt es auch dann die Auswirkungen zu reflektieren, die solche Datenerhebungen bei Dritten (z.B. Kita, Schule, Nachbarn, Ärzte) auf ggf. aufzubauende bzw. bestehende Hilfebeziehungen und in der Konsequenz für die Möglichkeiten zur Sicherstellung von Schutz und Hilfe haben können. Negative Folgen für den weiteren Hilfeprozess dürften vor allem dann zu vermeiden sein, wenn die Datengewinnung bei Dritten mit der notwendigen Transparenz gegenüber den Betroffenen einhergeht (Meysen/Schönecker/Kindler 2009, S. 35).

Beispiel einer zulässigen Dritterhebung von Daten im Rahmen einer Inobhutnahme: Eine Jugendamtsfachkraft plant die Inobhutnahme eines Kindes, die aufgrund besonderer Umstände ohne die Kenntnis der Eltern durchgeführt werden muss. Zu diesem Zweck erkundigt sie sich telefonisch bei der Leitung der Kita, wann das Kind von den Eltern regelmäßig in die Kita gebracht und von dort wieder abgeholt wird.

Beispiel einer zulässigen Dritterhebung von Daten zur Erfüllung des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII: Eine Jugendamtsfachkraft hat den Verdacht, dass ein Kleinkind aufgrund von Vernachlässigung gravierend entwicklungsverzögert ist. Die Eltern stimmen einer Kontaktaufnahme mit dem behandelnden Kinderarzt nicht zu. Die Fachkraft klärt die Eltern darüber auf, dass sie es gleichwohl trotzdem tun müsse, um die Entwicklungsgefährdung des Kindes einschätzen zu können und setzt sich anschließend mit dem Kinderarzt in Verbindung, um zu erfragen, wie er die Situation aus fachärztlicher Sicht wahrnimmt.

In Spiegelung des ausnahmsweisen Handelns ohne Einbeziehung der Eltern, wenn ansonsten der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen in Frage gestellt wäre (§ 8a Abs. 1 S. 2 SGB VIII), sieht darüber hinaus § 62 Abs. 3 Nr. 4 SGB VIII die Befugnis zur Dritterhebung vor, wenn ansonsten – d.h. über eine direkte Erhebung bei den Betroffenen – der Zugang zur Hilfe bzw. der Schutz des Kindes ernsthaft gefährdet würde. Hierbei ist insbesondere an Situationen vermuteten sexuellen Missbrauchs gedacht, in denen eine Konfrontation häufig zu mehr Abschottung, Erhöhung des Geheimhaltungsdrucks bzw. sogar Verschärfung der Gefährdungssituation für das Kind bzw. Jugendlichen führt und die üblichen Kommunikationsansätze – gemeinsame Eruiierung des Hilfebedarfs – nicht greifen (Meysen/Schönecker/Kindler 2009, S. 35 f.).

Grundsätzlich gilt im Kontext von Datenerhebungen bei Dritten zu beachten, dass diese zwingend auch mit einer Datenweitergabe verbunden sind (Kunkel, in: Kunkel/Kepert/Pattar 2018, § 62 SGB VIII Rn. 12). Für diese bedarf es demzufolge auch einer Übermittlungsbefugnis, sodass hier zusätzlich die Voraussetzungen nach §§ 64 bzw. 65 SGB VIII zu beachten sind (dazu sogleich). Im Übrigen greifen seit der DSGVO auch bei einer Datenerhebung ohne Mitwirkung grundsätzlich die gleichen **Mitteilungs- und Informationspflichten** gegenüber den Betroffenen wie bei einer Datenerhebung direkt beim Betroffenen (Art. 14 DSGVO), d.h. die Betroffenen sind zumindest nachträglich entsprechend aufzuklären (Hundt 2019, S. 60). Eine Ausnahme hiervon besteht allerdings dann, wenn diese Informierung die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben gefährdet, wie es z.B. im Kontext einer Datenerhebung nach § 62 Abs. 3 Nr. 4 SGB VIII regelmäßig der Fall sein wird (§ 82a Abs. 1 Nr. 1a SGB X).

3.3.2. Datenübermittlung

Als Rechtsgrundlagen für eine Datenübermittlung – neben einer Einwilligung – sieht das SGB VIII grundsätzlich zwei Befugnisnormen vor.

Für alle Daten gleichermaßen gilt zunächst **§ 64 SGB VIII**. Dieser gibt im Ausgangspunkt eine strenge Zweckbindung vor, d.h. eine Weitergabe von Daten ist grundsätzlich nur zu dem Zweck erlaubt, zu dem sie rechtmäßigerweise erhoben wurden (Abs. 1). Dabei erwähnt die Regelung als Formen der Datenweitergabe sowohl die Datennutzung als auch die der Datenübermittlung.

§ 64 Datenübermittlung und -nutzung

(1) Sozialdaten dürfen zu dem Zweck übermittelt oder genutzt werden, zu dem sie erhoben worden sind.

(2) Eine Übermittlung für die Erfüllung von Aufgaben nach § 69 des Zehnten Buches ist abweichend von Absatz 1 nur zulässig, soweit dadurch der Erfolg einer zu gewährenden Leistung nicht in Frage gestellt wird.

(2a) Vor einer Übermittlung an eine Fachkraft, die der verantwortlichen Stelle nicht angehört, sind die Sozialdaten zu anonymisieren oder zu pseudonymisieren, soweit die Aufgabenerfüllung dies

zulässt.

(3) Sozialdaten dürfen beim Träger der öffentlichen Jugendhilfe zum Zwecke der Planung im Sinne des § 80 gespeichert oder genutzt werden; sie sind unverzüglich zu anonymisieren.

Um eine **Nutzung** von Daten handelt es sich immer dann, wenn die Weitergabe „innerhalb eines Verantwortlichen“ i.S.d. § 4 Nr. 7 DSGVO erfolgt, wobei zu beachten gilt, dass als Verantwortlicher in diesem Sinne jeweils die kleinste funktionale Organisationseinheit gilt, die konkret für das Erfüllen einer bestimmten Aufgabe zuständig ist (§ 67 Abs. 4 SGB X, sogenannter funktionaler Stellenbegriff, Hoffmann, in: Mündler/Meysen/Trenczek 2019, § 61 SGB VIII Rn. 19). Das heißt, die Eigenschaft des Verantwortlichen knüpft sich weder an „das Jugendamt“ als Ganzes noch pauschal an die jeweilige organisatorische Abteilung, sondern vielmehr an die jeweils erfüllte SGB VIII-Aufgabe (z.B. Leistungsgewährung, Beratung von Pflegefamilien, Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren). In der Konsequenz kann beispielsweise im Rahmen einer Fallberatung sowohl die Fachkraft aus der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (also abteilungsübergreifend) als auch z.B. im Falle besonderer Fallkomplexität die Leitung des Jugendamts (also hierarchieübergreifend) als „Verantwortlicher“ zu werten sein, sodass in der Folge entsprechende Informationsaustausche als *Datennutzungen* zu qualifizieren sind (s. auch Kunkel, in: Kunkel/Keper/Pattar 2018, § 61 SGB VIII Rn. 63).

Eine vom Zweck der Erhebung abweichende Nutzung der Informationen ist in diesen Fällen dann zulässig, wenn dies für die Aufgabenerfüllung nach anderen Vorschriften des SGB erforderlich ist (z.B. die Nutzung von für eine Hilfestellung nach §§ 27 ff SGB VIII erhobenen Daten für die Wahrnehmung des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII).

Beispiel einer zulässigen, vom Zweck der Erhebung abweichenden Nutzung von Daten „innerhalb eines Verantwortlichen“: Die Lehrerin einer Schule meldet sich beim Jugendamt. Sie berichtet, dass eine Schülerin ihr erzählt habe, dass die Mutter sie geschlagen habe. Um eine möglicherweise bestehende Gefährdung des Kindes einschätzen zu können, führt der ASD-Mitarbeiter Gespräche mit dem Kind sowie mit den Eltern. Es stellt sich heraus, dass die Familiensituation durch anhaltende Konflikte zwischen den Eltern und ihrer Tochter stark belastet ist und die Eltern mit der Erziehung ihrer Tochter phasenweise überfordert sind. Die Mutter räumt zudem ein, dass ihr einmal, als die Tochter sie beschimpft habe, die „Hand ausgerutscht“ sei. Die Eltern bitten das Jugendamt um Unterstützung und stellen einen Antrag auf „Hilfe zur Erziehung“. Die Informationen, die der ASD-Mitarbeiter im Rahmen des Prozesses zur Gefährdungseinschätzung erhoben hat, dürfen nun datenschutzrechtlich problemlos in den Prozess der Hilfestellung einfließen, denn mit der Weitergabe an die Fachkraft in den erzieherischen Hilfen erfüllt das Jugendamt seine Aufgaben im Rahmen der Gewährung von Leistungen.

Handelt es sich hingegen um im Vergleich zum ursprünglichen Erhebungszweck zweckändernde Datenweitergaben an Dritte – seien es Jugendamtsfachkräfte außerhalb der eigenen „verantwortlichen Stelle“ oder sonstige Dritte außerhalb des Jugendamts (z.B. Fachkräfte freier Träger, der Gesundheitshilfe, der Schule, der Polizei, des Familiengerichts) – greifen für diese Daten**übermittlung** die Vorgaben des § 64 Abs. 2 SGB VIII: Ihre Zulässigkeit knüpft sich zum einen daran, dass sie für die Erfüllung entweder einer eigenen Aufgabe des Jugendamts oder im Falle der Übermittlung an einen anderen Sozialleistungsträger für dessen Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 64 Abs. 2 SGB VIII i.V.m. § 69 Abs. 1 Nr. 1 SGB X). Zum anderen darf diese Datenübermittlung nur erfolgen, soweit die jeweils zuständige Fachkraft zu der Einschätzung gelangt, dass dadurch der Erfolg einer zu gewährenden Leistung nicht in Frage gestellt wird, wobei unerheblich ist, ob diese erst noch gewährt wird, bereits gewährt wurde und/oder schon begonnen hat. Entscheidend ist vielmehr allein, ob die beabsichtigte Datenweitergabe in einem aktuellen und inhaltlichen Zusammenhang mit dem Hilfeprozess steht (Mörsberger, in: Wiesner 2015, § 64 SGB VIII Rn. 14 ff.; Kunkel, in: Kunkel/Kepert/Pattar 2018, § 64 SGB VIII Rn. 4). Zudem gibt § 64 Abs. 2a SGB VIII als Ausdruck der Grundprinzipien von Erforderlichkeits- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz der Fachkraft auf, vor der jeweiligen Datenübermittlung zu prüfen, ob die Aufgabenerfüllung eine anonymisierte bzw. pseudonymisierte Informationsweitergabe zulässt, welche im Verhältnis zur Übermittlung personenbezogener Daten vorrangig wäre.

Beispiel einer zulässigen zweckändernden Datenweitergabe an Dritte: Im Rahmen einer laufenden Hilfe zur Erziehung (z.B. SPFH) erhält das Jugendamt die Information über eine schwerwiegendere Erkrankung der Großmutter, die die alleinerziehende Mutter bisher in der Betreuung ihrer beiden Kinder unterstützt hat. Die zuständige ASD-Mitarbeiterin wendet sich daraufhin an die betreuende Kita- und Horteinrichtung der beiden Kinder, um zu erfragen, ob es die Möglichkeit zur Verlängerung der Betreuungszeiten gibt. In diesem Kontext werden Informationen aus dem Hilfekontakt mit der Mutter (Entlastungsbedürfnis aufgrund vorerst wegfallender Unterstützung) an Dritte (Kita und Hort) weitergegeben, was jedoch der eigenen Aufgabenerfüllung dient (Initiierung weitergehender Entlastung für die Mutter). Geht die Fachkraft zudem davon aus, dass das direkte Kontaktieren der beiden Einrichtungen – ohne vorherige Involvierung der Mutter selbst – den Hilfeerfolg nicht in Frage stellen wird, ist dieses datenschutzrechtlich zulässig (§ 64 Abs. 2 SGB VIII).

Auch hier besteht grundsätzlich gegenüber dem Betroffenen eine Informationspflicht bei zweckändernder Datennutzung bzw. -übermittlung (Art. 13 Abs. 3, Art. 14 Abs. 4 DSGVO). Diese greift jedoch wiederum nicht, wenn diese die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung gefährden würde

und die Interessen des Jugendamts an der Nichterteilung der Informationen die Interessen der betroffenen Person überwiegen (§ 82 Abs. 2 Nr. 1 SGB X).

Neben diesen allgemeinen Vorgaben besteht jedoch für Sozialdaten, die einer Fachkraft im Jugendamt zum Zwecke persönlicher und erzieherischer Hilfen anvertraut worden sind, ein besonderer Vertrauensschutz, d.h. diese dürfen nur unter den restriktiven Voraussetzungen des **§ 65 SGB VIII** weitergegeben werden.

§ 65 Besonderer Vertrauensschutz in der persönlichen und erzieherischen Hilfe

(1) Sozialdaten, die dem Mitarbeiter eines Trägers der öffentlichen Jugendhilfe zum Zwecke persönlicher und erzieherischer Hilfe anvertraut worden sind, dürfen von diesem nur weitergegeben werden

1. mit der Einwilligung dessen, der die Daten anvertraut hat, oder
2. dem Familiengericht zur Erfüllung der Aufgaben nach § 8a Absatz 2, wenn angesichts einer Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen ohne diese Mitteilung eine für die Gewährung von Leistungen notwendige gerichtliche Entscheidung nicht ermöglicht werden könnte, oder
3. dem Mitarbeiter, der auf Grund eines Wechsels der Fallzuständigkeit im Jugendamt oder eines Wechsels der örtlichen Zuständigkeit für die Gewährung oder Erbringung der Leistung verantwortlich ist, wenn Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Kindeswohls gegeben sind und die Daten für eine Abschätzung des Gefährdungsrisikos notwendig sind, oder
4. an die Fachkräfte, die zum Zwecke der Abschätzung des Gefährdungsrisikos nach § 8a hinzugezogen werden; § 64 Absatz 2a bleibt unberührt, oder
5. unter den Voraussetzungen, unter denen eine der in § 203 Absatz 1 oder 4 des Strafgesetzbuchs genannten Personen dazu befugt wäre.

Gibt der Mitarbeiter anvertraute Sozialdaten weiter, so dürfen sie vom Empfänger nur zu dem Zweck weitergegeben werden, zu dem er diese befugt erhalten hat.

(2) § 35 Absatz 3 des Ersten Buches gilt auch, soweit ein behördeninternes Weitergabeverbot nach Absatz 1 besteht.

Dabei ist zu beachten, dass dieser besondere Vertrauensschutz auch im Verhältnis zu (selbst fallmitverantwortlichen) Kolleginnen/Kollegen oder auch Vorgesetzten gilt (Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, § 65 SGB VIII Rn. 23). Zwar ist das Jugendamt als Sozialleistungsträger verpflichtet, strukturell und organisatorisch für die Einhaltung dieses besonderen Vertrauensschutzes zu sorgen (z.B. durch Sensibilisierung/Schulung und entsprechend getrennte Aktenführung; Schimke, in: Merchel 2015, S. 271 f.). Die Befugnis zur Weitergabe der Informationen adressiert sich jedoch allein an die jeweilige Fachkraft (Mann, in: Schellhorn/Fischer/Mann/Kern 2017, §§ 61-68 SGB VIII Rn. 86). Hiervon erfasst sind alle

Informationen, die der jeweiligen Fachkraft im Kontext einer persönlichen und erzieherischen Hilfe in Erwartung ihrer vertraulichen Behandlung anvertraut werden und die Fachkraft umgekehrt eine entsprechende Vertraulichkeit zusichert. Beides muss nicht zwingend explizit ausgesprochen sein, sondern kann sich auch aus den Umständen des Einzelfalls ergeben (z. B. Beobachtungen bei einem Hausbesuch, bei denen die Fachkraft davon ausgehen muss, dass sie diese für sich behalten sollte; Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, § 65 SGB VIII Rn. 12; Mörsberger, in: Wiesner 2015, § 65 SGB VIII Rn. 12). Außerhalb dieser vertraulichen Hilfebeziehung erhaltene Informationen (z.B. durch Mitteilungen Dritter oder anlässlich einer anderen Tätigkeit) fallen indes nicht unter diesen Schutz (Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, § 65 SGB VIII Rn. 12 f.; Mörsberger, in: Wiesner 2015, § 65 SGB VIII Rn. 13). Die Befugnisse zur ausnahmsweisen Weitergabe dieser besonders anvertrauten Informationen sind abschließend in § 65 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 SGB VIII benannt, und zwar:

- mit *Einwilligung* dessen, der die Daten anvertraut hat (Nr. 1), d.h. selbst für Daten mit Doppelbezug (s. oben) ist nur die Einwilligung des Anvertrauenden selbst erforderlich, nicht aber (auch) des/der Dritten, auf den/die sich die Informationen ebenfalls beziehen (Mörsberger, in: Wiesner 2015, § 65 SGB VIII Rn. 15);
- im Falle des Vorliegens gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung i.S.d. § 8a Abs. 1 S. 1 SGB VIII
 - an das *Familiengericht*, wenn dieses nach § 8a Abs. 2 SGB VIII angerufen wird, um eine für die Gewährung von Leistungen notwendige gerichtliche Entscheidung zu ermöglichen (Nr. 2), oder
 - an eine/n neu fallzuständig werdende/n *Mitarbeiter/in* (durch Wechsel der Fallzuständigkeit im eigenen Jugendamt oder örtlichen Zuständigkeitswechsel), wenn die Daten für die Abschätzung des Gefährdungsrisikos notwendig sind (Nr. 3), oder
 - an das *Fachteam* zur internen Fachberatung nach § 8a SGB VIII, wobei eine ggf. mögliche anonymisierte bzw. pseudonymisierte Informationsweitergabe vorrangig ist (Nr. 4).
- unter den Voraussetzungen, unter denen auch nach § 203 StGB schweigepflichtige Personen zur Informationsweitergabe befugt wären (Nr. 5), d.h. vor allem im Fall des Vorliegens eines rechtfertigen Notstands (§ 34 StGB), wenn die begründete Annahme für eine gegenwärtige, nicht anders als durch die Informationsweitergabe abwendbare Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut besteht und zudem dessen Schutzinteresse das Geheimhaltungsinteresse wesentlich überwiegt. Diese Auffangregelung greift jedoch aufgrund der spezifischen Befugnisregelungen – zumindest in Kinderschutzkontexten – äußerst selten (vgl.

z.B. bzgl. vorgeburtlicher Information von Geburtskliniken DIJuF-Rechtsgutachten JAmt 2011, 195).

3.4. Datenschutzrechtliche Rahmungen für Professionen außerhalb des Jugendamts

Wenngleich im Rahmen dieser Kurzexpertise kein Raum für vertiefende Darstellung der verschiedenen datenschutzrechtlichen Grundlagen der Professionellen außerhalb des Jugendamts besteht, so sollen im Folgenden doch zumindest kurz deren grundsätzliche Rahmungen umrissen werden.

- Fachkräfte in Einrichtungen und Diensten **freier Träger** (Kindertageseinrichtungen, Beratungsstellen, Sozialpädagogische Familienhilfen, etc.) unterfallen – mangels Eigenschaft als Sozialleistungsträger – nicht den sozialrechtlichen Vorgaben der §§ 61 ff. SGB VIII bzw. §§ 67 ff. SGB X (Mann, in: Schellhorn/Fischer/Mann/Kern 2017, §§ 61-68 SGB VIII Rn. 18 ff.). Umstritten ist die DSGVO auf sie direkte Anwendung findet oder nicht (problemlos offenbar für: Riekenbrauk 2018, 151; AJS Merkblatt DSGVO; verneinend hingegen: Kunkel, in: Kunkel/Keper/Pattar 2018, § 61 Rn. 2, 294; Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, Vor Kap. 4 Rn. 96). Auf jeden Fall sind jedoch die Träger der öffentlichen Jugendhilfe gem. § 61 Abs. 3 SGB VIII verpflichtet, sicherzustellen, dass die Träger der freien Jugendhilfe den Schutz der personenbezogenen Daten „in entsprechender Weise“ gewährleisten (Kunkel, in: Kunkel/Keper/Pattar 2018, § 61 Rn. 298 ff.). Im Ergebnis soll also auch hier (mindestens) das gleiche Vertrauensschutzniveau gesichert werden wie es der Träger der öffentlichen Jugendhilfe gegenüber den jungen Menschen, Eltern oder anderen Betroffenen zu gewährleisten hat.

Darüber hinaus gilt jedoch zu beachten, dass hierfür eine vertragliche Vereinbarung zwischen öffentlichem und freiem Träger oder entsprechende Zusicherung bzw. Selbstverpflichtung des freien Trägers zwar notwendige Bedingung, aber allein nicht ausreichend ist. Vielmehr gehört der Schutz persönlicher Informationen auch zu den vertraglichen Nebenpflichten, die ein Dienst bzw. eine Einrichtung eines freien Trägers infolge ihrer Hilfevereinbarung mit den Eltern eingeht. Mit der Leistungserbringung verbundene Informationsverarbeitungen seitens der Fachkräfte des freien Trägers bedürfen daher grundsätzlich auch einer entsprechenden Legitimierung, entweder durch allgemeine – aber doch ausreichend konkrete – Thematisierung und Aufnahme im Rahmen der Hilfevereinbarung (z.B. auch durch Inbezugnahme einer bestimmten Hilfekonzeption, im Rahmen derer die Anlässe, Zielrichtungen, Umfang etc. bestimmter Informationsaustauschsituationen nachvollziehbar umschrieben sind), oder durch (nachfolgende) Einwilligungserklärungen im jeweiligen Einzelfallkontext (Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, Vor Kap. 4 Rn. 102).

- Gleiches gilt auch für die Fachkräfte aus anderen Hilfekontexten (z.B. der **Gesundheitshilfe**,

Schwangerschaftsberatung). Auch hier bildet zentrale Handlungs- und Befugnisgrundlage zunächst die mit den Patientinnen/Patienten bzw. Klientinnen/Klienten geschlossene Hilfevereinbarung (Meysen/Schönecker/Kindler 2009, S. 36 ff., S. 54 f.). Enthält diese keine ausdrücklich thematisierten und durch Vereinbarung übertragenen Befugnisse gegenüber der Fachkraft, bleibt als Legitimationsgrundlage für datenschutzrechtlich relevante Verarbeitungen grundsätzlich ebenfalls nur die Einholung einer auf den jeweiligen Kontext bezogenen Einwilligungserklärung.

- Datenschutzrechtlich relevante gesetzliche Befugnisse bzw. Vorgaben finden sich für die Fachkräfte der freien Jugendhilfe wie aus den anderen Hilfekontexten im Sozialdatenschutz hingegen nur ausnahmsweise: Neben den Vorgaben des § 4 KKG zum Vorgehen in Kinderschutzfällen (hierzu sogleich), betrifft dies vor allem die Regelungen des § 78 SGB X und § 65 Abs. 1 S. 2 SGB VIII. So verpflichtet § 78 Abs. 1 SGB X die Fachkräfte unmittelbar darauf, vom Jugendamt erhaltene Daten nur zu dem Zweck zu verarbeiten, zu dem sie ihnen übermittelt worden sind und im selben Umfang geheim zu halten, wie das Jugendamt dies seinerseits sicherzustellen hat (§ 78 Abs. 1 S. 3 SGB X). Für an Dritte weitergegebene Daten, die einer Fachkraft im Jugendamt im Rahmen persönlicher und erzieherischer Hilfe besonders anvertraut wurden, ist diese Verpflichtung nochmal eigens in § 65 Abs. 1 S. 2 SGB VIII aufgeführt (sogenannter **verlängerter Sozialdatenschutz**; Mörsberger, in: Wiesner 2015, § 65 SGB VIII Rn. 24).
- In Anlehnung an das in der Kinder- und Jugendhilfe bereits bewährte Vorgehen nach § 8a SGB VIII hat auch **§ 4 KKG** den dort ausdrücklich benannten Personen, die aufgrund ihres beruflichen Kontextes mit Situationen von Kindeswohlgefährdung in Berührung kommen können, eine Art Handlungsleitfaden an die Hand gegeben. Dabei ist grundsätzlich ein zweistufiger Prozess vorgesehen (anschaulich, auch mit Ablaufschemata, DIJuF/NZFH 2015, S. 43 ff.):

So ist auf einer ersten Stufe bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung zunächst der eigene Hilfeauftrag wahrzunehmen (§ 4 Abs. 1 KKG), ggf. unterstützt durch die Inanspruchnahme einer „insoweit erfahrenen Fachkraft“ (§ 4 Abs. 2 KKG). Die Fachkraft soll zunächst mit den Personensorgeberechtigten und ggf. dem Kind die Situation erörtern. Hält sie zur Abwendung der Gefährdung für das Kind die Inanspruchnahme von weitergehenden Hilfen für erforderlich, so soll sie auf ein entsprechend einvernehmliches Vorgehen mit den Personensorgeberechtigten hinwirken, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes nicht in Frage gestellt wird.

Scheidet im konkreten Fall ein Vorgehen entsprechend den Handlungsschritten auf der ersten Stufe aus (z.B. wegen dringendem Handlungsbedarf) oder ist dieses erfolglos geblieben, ergibt

sich auf einer zweiten Stufe für die Fachkraft die Befugnis, auch gegen den Willen der Personensorgeberechtigten dem Jugendamt die für die Gefährdungsabwendung erforderlichen Informationen mitzuteilen. Zuvor hat die Fachkraft allerdings den/die Personensorgeberechtigten grundsätzlich über diesen beabsichtigten Schritt zu informieren („Vielleicht gegen den Willen, aber nicht ohne Wissen“). Eine Ausnahme gilt dann, wenn über die Herstellung von Transparenz der wirksame Schutz des Kindes in Frage gestellt wird.

3.5 Austauschsituationen im Kinderschutzfallverlauf und ihre datenschutzrechtliche Zulässigkeit

3.5.1 Im Kontext einer Mitteilung nach § 8a SGB VIII

Erhält das Jugendamt eine Mitteilung nach § 8a SGB VIII, d.h. Informationen, die es als gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung bewertet, trifft es die Pflicht zur Gewinnung aller der Informationen, die es für seine darauffolgenden Aufgaben der Gefährdungseinschätzung, ggf. Initiierung eines Hilfeprozesses bzw. Anrufung des Familiengerichts benötigt (Meysen, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, § 8a SGB VIII Rn. 19). Aufgrund des hier geltenden Untersuchungsgrundsatzes hat das Jugendamt den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln (Meysen/Schönecker/Kindler 2009, S. 33), d.h. es bestimmt selbst Art und Umfang der Ermittlungen, hat aber auf jeden Fall alle für den Einzelfall bedeutsamen, auch die für die Beteiligten günstigen Umstände, das heißt beispielsweise neben Gefährdungsmomenten auch die Ressourcen der Familie im Blick zu haben, zu berücksichtigen (§ 20 SGB X).

§ 8a Abs. 1 S. 2 SGB VIII fordert, die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen. Wenngleich die Fachkräfte aufgrund ihrer sozialpädagogischen Fachlichkeit entscheiden, zu welchem Zeitpunkt sie diese Einbeziehung vornehmen, spiegelt sich doch auch hier die datenschutzrechtliche Vorgabe zur primären Datenerhebung bei den Betroffenen selbst (§ 62 Abs. 2 SGB VIII).

Mit dem BKiSchG wurde in § 8a Abs. 1 S. 2 SGB VIII ausdrücklich auch der Hausbesuch als eine fachliche Methodik zur Informationsbeschaffung und Eruierung des Gefährdungsrisikos mit aufgenommen. Er ist verpflichtend durchzuführen, sofern dies nach fachlicher Einschätzung des Jugendamts im Einzelfall erforderlich ist, wobei im Rahmen dessen – neben und über die Situation einer Möglichkeit zur Informationsbeschaffung hinaus – auch zu reflektieren ist, ob das Setting des Hausbesuchs für das in Kontakt kommen mit der Familie und ihren Problemen geeignet erscheint, um das notwendige Vertrauen für das Eingehen von Hilfebeziehungen aufbauen zu können (Meysen, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, § 8a SGB VIII Rn. 32 ff.). Dabei erscheint die Grenzziehung, welche Informationen, die im Kontext von Hausbesuchen bekannt werden, als besonders anvertraut i.S.d. § 65 SGB VIII einzuordnen sind, schwierig. Zu beachten gilt jedenfalls, dass die Regelung des § 65 SGB VIII („zum Zwecke persönlicher und erzieherischer Hilfen“) auch schon im Rahmen der

Wahrnehmung des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII und ggf. erst noch aufzubauender Hilfebeziehung greift (vgl. § 8a Abs. 1 S. 3 SGB VIII). Mit Blick auf seine Intention des funktionalen Schutzes der Hilfebeziehung, ist in solchen Situationen die Fachkraft gefordert, im Zweifel mit der Familie ausdrücklich zu thematisieren, ob bzw. inwieweit eine Information bzw. Wahrnehmung – zumal im Rahmen eines unangekündigten Hausbesuchs – als anvertraut von ihr behandelt werden soll und kann.

Sind über die Informationserhebung in und bei der Familie hinaus, für die Gefährdungseinschätzung weitere Datenerhebungen erforderlich, weil die von ihr mitgeteilten Informationen nicht ausreichend erscheinen oder weiter aufzuklärende Zweifel bleiben, darf das Jugendamt diese auch bei Dritten erheben (62 Abs. 3 Nr. 2 SGB VIII; Hoffmann, in: Münder/Meysen/Trenczek 2019, § 62 SGB VIII Rn. 38). Dabei dürften negative Folgen für aufzubauende bzw. bestehende Hilfebeziehungen und in der Konsequenz für die Möglichkeiten zur Sicherstellung von Schutz und Hilfe vor allem dann zu vermeiden sein, wenn diese Datenerhebung bei Dritten (z.B. Kita, Schule, Kinderarzt) gegenüber der Familie transparent gemacht wird, was seit der Einführung der Informationspflichten durch die DSGVO auch rechtlich eingefordert wird (Art. 14 DSGVO).

Entsprechende Datenerhebungen bei Dritten, einschließlich der damit automatisch einhergehenden Datenübermittlung seitens des Jugendamtes gegenüber dem Dritten, sind wiederum insofern zulässig, soweit diese nach der fachlichen Einschätzung der fallverantwortlichen Fachkräfte für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind (§ 62 Abs. 3 Nr. 3d, § 64 Abs. 2 i.V.m. § 8a Abs. 1 SGB VIII). Dabei kann im Kontext von Gefährdungseinschätzungen – selbst bei weitreichender Mitwirkung der Familie selbst – umso eher von einem zulässigen Erhebungsinteresse auch bei Dritten außerhalb der Familie ausgegangen werden, je größer sich die vermutete Gefahr für das Kind darstellt und diese damit auch zu möglichst umfangreicher Informationsermittlung auffordert. Ist die Dritterhebungsbefugnis im Grundsatz bejaht, bedarf es im Weiteren der Überlegung, welche Informationen zur Familie an den Dritten übermittelt werden sollen, damit dieser umgekehrt seinerseits die für die Gefährdungseinschätzung notwendigen Informationen überhaupt geben kann. Allgemeine Anfragen (z.B. „Ist Ihnen bei dem Kind X bzw. in Bezug auf seine Eltern in letzter Zeit irgendetwas Besonderes aufgefallen?“) dürften hier häufig weniger zielführend sein als konkrete und gezielte Nachfragen (z.B. „Wir haben Hinweise erhalten, dass das Kind X nachts und gelegentlich auch tagsüber sehr viel schreit. Außerdem dass es auf dem Spielplatz immer mal wieder wetterunangemessen angezogen ist und die Mutter häufiger erst morgens heimkommt. Wie ist Ihr Erleben zur Versorgungssituation von X, wenn er zu Ihnen in die Kita kommt? Wissen Sie etwas über die berufliche Situation der Eltern?“). Im Rahmen der Aufgabenerfüllung der Gefährdungseinschätzung sind die damit einhergehenden Informationsweitergaben gegenüber dem Dritten gerechtfertigt (§ 64 Abs. 2 SGB VIII).

Darf das Jugendamt zulässigerweise die Dritterhebung durchführen, muss jedoch der um Informationen angefragte Dritte seinerseits prüfen, ob und inwiefern er sich gegenüber dem Jugendamt auf eine Übermittlungsbefugnis bezüglich der gewünschten Informationen stützen kann. Eine solche kann sich regelmäßig nur entweder aufgrund einer Einwilligung der Eltern ergeben oder aus der nach § 4 Abs. 3 KKG (ggf. i.V.m. § 8a Abs. 4 SGB VIII) folgenden Weitergabebefugnis bzw. -pflicht, wenn der angefragte Dritte selbst zu der Einschätzung gelangt ist, dass es zur Abwendung einer Gefährdung für das Kind dieser Informationsweitergabe an das Jugendamt bedarf. Das bedeutet in der Konsequenz, dass die angefragten Dritten – sofern sie nicht bereits selbst kurz davor standen, das Jugendamt über eine bei dem Kind wahrgenommene Gefährdung zu informieren – nur zwei Handlungsoptionen zur Verfügung stehen:

- Sie nehmen die Anfrage des Jugendamts zum Anlass, mit den Eltern rückzukoppeln, ob und inwieweit sie ihre Einwilligung für einen Informationsaustausch mit dem Jugendamt erteilen.
- Sie nehmen anhand ihrer eigenen Informationen und Wahrnehmungen – sowie unter Einbeziehung der vom Jugendamt übermittelten Informationen – eine eigene Gefährdungseinschätzung vor und prüfen das Vorliegen einer Mitteilungsbefugnis bzw. -pflicht nach § 4 Abs. 3 KKG (ggf. i.V.m. § 8a Abs. 4 SGB VIII). Allerdings erfordert auch dieser Weg die Einbeziehung der Eltern, es sei denn diese würde den wirksamen Schutz des Kindes in Frage stellen (§ 4 Abs. 1 letzter Halbs., Abs. 3 S. 1 letzter Halbs. KKG).

3.5.2 Im Kontext von multidisziplinären Risikoeinschätzungen

Ausdrückliche Befugnisse zum Zweck multidisziplinärer Risikoeinschätzungen (= Zusammenführung von Gefährdungseinschätzungen verschiedener fallinvolvierter Personen) sind im Gesetz nicht vorhanden, sodass auch hier nur auf die allgemeinen Weitergabebefugnisse zurückgegriffen werden kann:

- Die teilnehmenden Fachkräfte des Jugendamts können somit grundsätzlich alle „normalen“ Daten, also nicht im Sinne von §65 SGB VIII „anvertrauten“ Daten als Wahrnehmung einer Aufgabe im Rahmen ihres Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII in den Austausch einbringen, sofern sie hierdurch den Hilferfolg nicht gefährdet sehen (§ 64 Abs. 2 SGB VIII). Letzteres dürfte regelmäßig bedeuten, dieses Vorgehen gegenüber den Eltern und ggf. jungen Menschen zumindest transparent zu machen, zumal die einzige Möglichkeit, besonders anvertraute Daten seitens der Fachkräfte des Jugendamts in diesen Austausch einzubringen, über die Einwilligung des Anvertrauenden führt (§ 65 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB VIII). Zwar erlaubt § 65 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 SGB VIII ausdrücklich auch eine Weitergabe anvertrauter Daten an die Fachkräfte, die zum Zwecke der Abschätzung des Gefährdungsrisikos nach § 8a SGB VIII hinzugezogen werden. Gemeint ist hier jedoch – entsprechend der Hinzuziehung „insoweit erfahrener Fachkräfte“ –

lediglich die Einbeziehung spezialisierter, externer Fachkräfte zur Qualifizierung der Gefährdungseinschätzung, z.B. Ärztinnen/Ärzte für gesundheitsspezifische Risikoeinschätzungen (Meysen, in: Mündler/Meysen/Trenczek 2019, § 8a SGB VIII Rn. 24; Mörsberger, in: Wiesner 2015, § 65 SGB VIII Rn. 20). Gemeinsame Gefährdungseinschätzungen mit fallinvolvierten externen Fachkräften sind hiervon jedoch nicht umfasst.

- Für teilnehmende Dritte kann sich eine Befugnis zur Weitergabe von Informationen aus den eigenen Hilfekontexten wiederum entweder aus der ausdrücklichen Einwilligung der Eltern ergeben. Hierfür bedürfte es jedoch der genauen Darlegung, wer an diesem Austausch beteiligt sein wird, d.h. in Bezug auf wen sich die Einwilligung konkret beziehen wird sowie der gemeinsamen Abstimmung mit den Eltern, welche Informationen in diesen Austausch eingebracht werden bzw. umgekehrt, welche ausdrücklich dabei außen vor bleiben sollen. Ist eine solche Einwilligung nicht zu erzielen, bleibt nur die Befugnis nach § 4 Abs. 3 KKG, wenn der für die Risikoabschätzung hinzugezogene Dritte zu der Einschätzung gelangt ist, dass das Jugendamt die ihm vorliegenden Informationen benötigt, um die von ihm gesehene Gefährdungssituation des Kindes abzuwenden. Letztere Voraussetzung – die notwendige Bejahung einer bestehenden Gefährdungssituation – zeigt bereits, dass diese Befugnis für den hier verfolgten Zweck einer gemeinsamen Risikoeinschätzung nicht gedacht und allenfalls selten greifen dürfte.

In der Konsequenz bedeutet dies folglich, dass multidisziplinäre Risikoeinschätzungen unter den derzeitigen datenschutzrechtlichen Vorgaben – sowohl mit Blick auf die Beteiligung von Dritten als auch hinsichtlich des Einbringens von (besonders anvertrauten) Informationen des Jugendamts – nur im Rahmen von Einwilligungen durch die Hilfeberechtigten von Jedem an diesem Austausch Beteiligten zulässig sind.

3.5.3 Im Hilfeverlauf

Anlässe für Interesse am Informationsaustausch können sich auch im Hilfeverlauf immer wieder ergeben (z.B. Rückmeldungen ans Jugendamt seitens der in der Familie eingesetzten SPFH). Auch hier führt der erste Weg für Nachfragen über die Hilfeberechtigten selbst (§ 62 Abs. 2 SGB VIII), z.B. im Rahmen der Hilfeplanung. Bedarf es darüber hinaus auch der Rückmeldung Dritter (z.B. des Leistungserbringers), ist das Jugendamt zu derartigen Dritterhebungen mit Blick auf die Notwendigkeit zur (Über-) Prüfung der Hilfevoraussetzungen (§ 62 Abs. 3 Nr. 2a SGB VIII) bzw. die Erfüllung seines Schutzauftrags (§ 62 Abs. 3 Nr. 2d SGB VIII) regelmäßig unproblematisch berechtigt. Zur Einhaltung des Transparenz- und Informationsgebots hat es die Familie jedoch vor Hilfebeginn über dieses Vorgehen aufzuklären (Art. 14 DSGVO).

Die angefragten Dritten können dem Jugendamt ihrerseits entsprechende Rückmeldungen – außerhalb von Gefährdungsmitteilungen nach § 4 Abs. 3 KKG – wiederum nur mit Einverständnis der Hilfeberechtigten geben. Dazu ist vorstellbar, dass entweder anlässlich des jeweils beabsichtigten Informationsaustauschs eine konkrete Einwilligung mit den Hilfeberechtigten thematisiert und eingeholt wird. Nicht nur, aber vor allem in Kinderschutzkontexten dürfte jedoch üblicher sein, bereits im Rahmen der Hilfeplanung bzw. zu Beginn der Hilfe in bzw. mit der Familie auch derartige Rückmeldungen in Richtung Jugendamt als notwendige Bestandteile der Hilfe mit zu besprechen und in die Hilfevereinbarung aufzunehmen. Sofern in diesem Rahmen noch nicht konkret absehbar bzw. dargelegt werden kann, welche Informationen dies konkret betreffen wird, wird es für eine wirksame Einwilligung aus datenschutzrechtlicher Sicht vor dem jeweiligen Informationsaustausch nochmals einer Konkretisierung gegenüber der Familie bedürfen (mit besonderer Betonung einer stets „einzelfallbezogenen“ Einwilligung: Riekenbrauk 2018, 149; Hundt 2019, S. 76). Die gemeinsame Absprache, welche Daten in die Rückmeldung einfließen (und ggf. welche bewusst außen vor bleiben), dürfte jedoch ohnehin regelmäßig auch dem fachlichen Hilfeverständnis mit Blick auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Familie entsprechen.

Gleiches gilt im Übrigen für vom Jugendamt gezielt eingesetzte Dritte (z.B. die in der Familie tätige SPFH) mit Blick auf Datenerhebungen bei weiteren Dritten (z.B. beim Kinderarzt). Die SPFH könnte sich gegenüber dem Kinderarzt auf keine gesetzliche Dritterhebungsbefugnis berufen, insbesondere kann das Jugendamt seine eigene nicht auf die SPFH übertragen. Wurde ein solches Vorgehen jedoch – z.B. in der Hilfeplanung – mit den Hilfeberechtigten besprochen und entsprechend vereinbart, kann auch die SPFH anstelle des Jugendamts beim Kinderarzt nachfragen.

3.5.4 Konflikte im Helfersystem, Umgang mit unterschiedlichen Einschätzungen und multidisziplinäre Gefährdungseinschätzung ohne Einwilligung der Betroffenen

Die verschiedenen professionellen Akteure begegnen den Eltern, Kindern und Jugendlichen in unterschiedlichen Kontexten. Das Jugendamt ist v.a. zu Beginn, bzw. bis zum Start einer Hilfe und meist entweder bei einem (idR angekündigten) Hausbesuch oder bei einem Hilfeplangespräch im Amt. Die Schule erlebt die Kinder während ihrer Zeit in der Schule und v.a. im Unterricht und die Eltern mit ihren Reaktionen auf schulische Schwierigkeiten oder im Rahmen von Elternabenden. Im Hort und der Kita haben die Fachkräfte intensiven und regelmäßigen Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen und erleben die Eltern bzw. einzelne Elternteile in Abholsituationen oder bei Elterngesprächen. Familienhelferinnen begegnen den Eltern, Kindern und Jugendlichen regelmäßig und meist im häuslichen Umfeld, zu unterschiedlichen Tageszeiten, im Alltag aber auch in Krisen. Familienhebammen stehen mit den Eltern v.a. im Austausch über die Versorgung eines Säuglings und damit zusammenhängende gesundheitliche Fragestellungen. Bei Kinderärzten hingegen steht die Entwicklung, Gesundheit, resp. Krankengeschichte (Anamnese) eines Kindes, Jugendlichen im

Mittelpunkt und sie erleben die Eltern und Kinder in den Räumen ihrer Praxis bzw. der Klinik. Diese unterschiedlichen Kontexte, Häufigkeiten und Intensitäten der Begegnung sowie die professions- und aufgabenspezifischen Themen können dazu führen, dass die Fachkräfte zu unterschiedlichen Einschätzungen bezüglich der Gefährdung des Kindes oder Jugendlichen und dem Hilfe- und Unterstützungsbedarf der Familie kommen.

Spezifischer Auftrag des Jugendamtes

Es ist eine der zentralen Aufgaben des Jugendamtes diese unterschiedlichen Perspektiven zusammen zu führen und zu einem „Gesamtbild“ zu integrieren, das dann sowohl Grundlage für die Beratungsarbeit mit der Familie, die Konzeption von Hilfe als auch die Entscheidung über ggf. notwendige Maßnahmen zum Schutz des Kindes ist. Aus diesem Grund sind die Jugendämter im Falle (des Verdachts) einer Kindeswohlgefährdung gem. § 62 Abs.3 Nr. 2d SGB VIII dazu befugt, Informationen auch ohne Zustimmung der Eltern einzuholen². Die Analyse von Fallverläufen hat gezeigt (vgl. Gerber / Lillig 2018), dass Stellen (z.B. Kita, Schule, etc.), die mit einer solchen Nachfrage des Jugendamtes konfrontiert sind, konkrete Hinweise benötigen, damit sie ggf. gemachte Beobachtungen als bedeutsam identifizieren können. Denn, wenn die Nachfrage des Jugendamtes keinerlei Hintergrundinformationen erhält, kann es sein, dass die Kooperationspartner*innen auf der Grundlage von Annahmen über den Verdacht, ihre Beobachtungen bewerten müssen. In der Folge besteht das Risiko, dass eigentlich relevante Aspekte, wie z.B. Aussagen des Kindes, Beobachtungen in der Eltern-Kind-Interaktion oder widerkehrende Verletzungen, die von den Eltern scheinbar nachvollziehbar erklärt wurden, übersehen werden. Darüber hinaus benötigen die Kooperationspartner zumindest so viel Information über den Anlass der Nachfrage des Jugendamtes, um einschätzen zu können, ob die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für eine Antwort (z.B. Übermittlungsbefugnis gem. § 4 Abs. 3 KKG) vorliegen³. Insofern ist es wichtig an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass das Jugendamt nicht nur befugt ist, sondern auch aufgerufen ist, so viele (resp. wenige) Informationen an Kooperationspartner weiterzugeben, wie zur Aufgabenerfüllung notwendig sind, hier also das Einholen erforderlicher Informationen zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung. Rechtliche Grundlage ist § 64 Abs. 2 SGB VIII i.V.m. § 69 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2 SGB X für allgemeine Sozialdaten und § 65 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 SGB VIII für anvertraute Daten. Die

² Aus fachlicher Sicht sollte ein solches Vorgehen jedoch die Ausnahme bleiben. Vielmehr sollten die Beteiligten Familienmitglieder nicht nur um ihre Einwilligung gebeten werden, sondern bestenfalls aktiv in den Informationsaustausch einbezogen werden, indem die Eltern z.B. an Gesprächen mit der Kita oder der Schule beteiligt werden.

³ Auch die Kooperationspartner benötigen eine Übermittlungsbefugnis, um dem Jugendamt auf die Nachfrage antworten zu können. Diese sind meist die Einwilligung der Eltern oder gem. § 4 Abs. 3 KKG gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung. Liegt keine Einwilligung vor und erfüllen die Informationen des Kooperationspartners nicht das Kriterium eines gewichtigen Anhaltspunktes, benötigen die Kooperationspartner so viele Informationen, dass sie einschätzen können, ob sie über relevante Informationen verfügen, die im Licht der Erkenntnisse des Jugendamtes einen Verdacht begründen und damit weitergegeben werden dürfen.

Weitergabe letzterer im Zuge der Informationseinholung setzt das Vorliegen eines rechtfertigenden Notstands voraus (siehe oben 3.3.2 [S. 22]).

Das Jugendamt verfügt in der Regel – auch wenn es den ein oder anderen Hinweis zu den Auslösern und Hintergründen für die Sorge um das Kind weitergegeben hat – im Vergleich zu allen anderen Akteuren über die meisten Informationen (aus den unterschiedlichen Perspektiven) über das Kind und seine Familie. Die Daten der anderen Akteure beschränken sich hingegen auf ihren jeweiligen Kontakt mit der Familie und auf die für ihren spezifischen Auftrag notwendigen Informationen. Dies ist insofern auch ausreichend, als es in der Regel weder für die kinderärztliche Behandlung notwendig ist zu wissen, welche familiären Probleme vorliegen, noch benötigt die Schule genaue Kenntnis über die medizinischen Befunde.

Anlässe für den Austausch von Informationen

Insbesondere wenn sich das Helfersystem aus einer Vielzahl an Akteuren zusammensetzt, große Sorge um das Wohl des Kindes in den verschiedenen Institutionen besteht und die Gefährdung nicht einfach einzuschätzen ist, kann es sein, dass aufgrund begrenzter Hintergrundinformationen die Entscheidungen des Jugendamtes für die Kooperationspartner nicht nachvollziehbar sind. So kann z.B. die Kita das Handeln des Jugendamtes zum Schutz eines Kindes für völlig übertrieben halten oder der Kinderarzt umfänglichere Maßnahmen zum Schutz des Kindes fordern. Solche Situationen können nicht nur zu Konflikten im Hilfesystem führen, sondern im ungünstigsten Fall dazu, dass Kooperationspartner gegeneinander arbeiten und den Eltern gegenüber konkurrierende oder widersprüchliche Aussagen treffen. Um dies zu verhindern, kann es notwendig sein, dass das Jugendamt den Kooperationspartner, wie z.B. im obigen Beispiel der Kita und dem Kinderarzt seine Gründe für die aktuelle Einschätzung erläutert. Hierbei geht es weniger um die Rechtfertigung der Einschätzung als vielmehr darum, in der weiteren Arbeit mit der Familie „an einem Strang zu ziehen“. Durch den Austausch dieser Informationen kann es gelingen, dass die beteiligten Akteure ihre eigenen Eindrücke, Beobachtungen oder Aussagen der Eltern, Kinder und Jugendlichen in einem anderen Licht sehen oder Wahrnehmungen, denen sie bisher keine Beachtung geschenkt haben, Bedeutung gewinnen oder die Bedeutung bisher als besorgniserregend bewerteter Beobachtungen relativiert wird.

Es kann sein, dass die Bedenken oder die Kritik an der Gefährdungseinschätzung des Jugendamtes nicht durch Aufklärung und Information alleine aufgelöst werden kann. Ist dies der Fall, ist eine

gemeinsame Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen (gut begründeten) Einschätzungen notwendig, um ein gemeinsames Fallverstehen zu entwickeln sowie die Gefährdungseinschätzung zu überprüfen und ggf. zu aktualisieren. Dies ist v.a. in solchen Fällen relevant, in denen die beteiligten Kooperationspartner, wie z.B. Schule, Hort, oder Familienhelferin Teile des Schutzkonzeptes sind. Unter einem Schutzkonzept werden hier all jene Vereinbarungen verstanden, die auf den Schutz und das Wohlergehen eines Kindes während einer laufenden ambulanten Hilfe abzielen. Beispiele hierfür können sein, dass Einrichtungen, die in engem Kontakt zu dem Kind stehen, auf die Entwicklung und ev. Belastungsreaktionen des Kindes achten oder Fachkräfte, die mit den Eltern an Veränderungen arbeiten, den Erfolg im Hinblick auf konkrete Veränderungen für das Kind im Blick behalten sollen.

Gelingt es in diesen Fällen nicht, ein gemeinsames Fallverstehen zu entwickeln sowie die Gefährdungseinschätzung sowie die Rollen und Aufträge der beteiligten Institutionen und Professionen innerhalb des Schutzkonzeptes abzustimmen, kann dies zum Risiko für den Kinderschutz werden. Insofern erscheint in diesen Fällen eine Helferkonferenz sinnvoll, im Rahmen derer Unterschiede bezüglich der Gefährdungseinschätzung sowie der Konzeption von Hilfe und Schutz besprochen werden können.

Vorbereitung und Rahmenbedingungen von Helferkonferenzen im Kinderschutz

Bei Helferkonferenzen werden nicht nur Daten zwischen dem Jugendamt und den Kooperationspartnern ausgetauscht, sondern auch Informationen zwischen Schule und Hort oder zwischen Familienhelferin und Schule. Zum Schutz der Privatsphäre und im Sinne des Vertrauens- und Datenschutzes muss daher abgewogen werden, welche Akteure an einer Helferkonferenz beteiligt und welche Daten dort ausgetauscht werden sollen. Darüber hinaus sollte überlegt werden, ob die Eltern zu solchen Gesprächen eingeladen werden können/sollen, damit sie a) erfahren, was ‚über sie‘ gesprochen wird und b) einbezogen werden und die unterschiedlichen Perspektiven und Aufgaben der professionellen Akteure ‚mit ihnen‘ erörtert werden können. Sind diese Entscheidungen getroffen, kann in einem nächsten Schritt mit den Eltern über Anlass und Ziel der Helferkonferenz gesprochen werden und ihre Einwilligung hierzu eingeholt werden.

Grundsätzlich gilt: Geben die Eltern ihre Einwilligung zu der Helferkonferenz nicht, kann eine gemeinsame Gefährdungseinschätzung nicht stattfinden. In engen Grenzen besteht eine Ausnahme, wenn die Gefährdung nur auf Grundlage einer multi-disziplinären Fallbesprechung abgewendet oder eingeschätzt werden kann. Voraussetzung ist, dass die Einwilligung nicht ausreichend zeitnah erzielbar ist oder dass die Einholung den wirksamen Schutz in Frage stellen würde. Als Beispiele sind denkbar

- Kontexte sexuellen Missbrauchs, bei denen eine vorzeitige Öffnung gegenüber den Missbrauchenden oder den Missbrauch (potenziell) stützenden Personen den wirksamen Schutz

in Frage stellen kann, wobei eine Einwilligung der Betroffenen, die sich den Helfenden geöffnet haben oder mit diesen in Hilfebeziehung stehen, in der Regel unverzichtbar ist. Zum Beispiel zu denken ist an Situationen, in denen sich ein*e Jugendliche*r gegenüber einer spezialisierten Beratungsstelle geöffnet hat, sich nach einem erneuten Missbrauch in einer Gewaltschutzambulanz untersuchen lässt. Im Anschluss besprechen Fachkraft in der Beratungsstelle und Ärztin*Arzt aus der Beratungsstelle mit dem Jugendamt, wie der Schutz sichergestellt werden kann. Vergleichbar sind Situationen, in denen die Polizei Fälle kommerzieller sexueller Ausbeutung aufgedeckt hat und dies mit Jugendamt und spezialisierter Beratungsstelle mitteilt, um mit beiden zu besprechen, wie Schutz und Hilfe initiiert werden können;

- Situationen psychischer oder somatischer Krankheit, in denen etwa das Ausloten der Potenziale für einen Verbleib des Kindes in der Familie zum Beispiel wegen Ängsten vor einem Autonomieverlust zunächst nicht partizipativ realisierbar ist, zugleich jedoch ein Austausch zwischen dem Jugendamt, einer Familienhelferin und der behandelnden Ärztin benötigt wird, um die Risiken für das Kind einschätzen sowie über die notwendigen Maßnahmen zu dessen Schutz bzw. deren Realisierbarkeit entscheiden zu können; Themen könnten dann sein: welche Auswirkungen kann die Erkrankung des Elternteils auf die Versorgung des Kindes haben? Wie sollte die Hilfe sowohl in Art und Umfang ausgestaltet sein, damit sie einerseits die Mutter/den Vater bei der Bewältigung der Situation unterstützt und andererseits der Schutz des Kindes sicherstellt? Was könnten Hinweise sein, dass sich die Situation verschlechtert, die weitere Maßnahmen zum Schutz des Kindes notwendig macht? Worauf sollte die Familienhelferin achten und wie kann sie damit umgehen? Welche Rolle spielt in dem Hilfe- und Schutzkonzept die Ärztin und welche das Jugendamt? Wie und zu welchem Anlass wird ein, ggf. auch kurzfristiger Austausch als notwendig erachtet?
- im Kontext von Suchtmittelabhängigkeit, wenn nur über einen Informationsaustausch der verschiedenen in der Hilfe beteiligten Akteur*innen ein Verbleib des Kindes oder der*des Jugendlichen in der Familie verantwortet werden kann, indem alle Beteiligten Institutionen neben der Hilfe und Behandlung der Eltern/des Elternteils auch Verantwortung für den Schutz des Kindes übernehmen. Hierzu könnte beispielsweise eine Abstimmung der Suchtberatungsstelle, des Substitutionsarztes, der Familienhelferin und dem Jugendamt notwendig sein. Verweigern die Eltern in einem solchen Fall sowohl die Teilnahme als auch die Zustimmung zu einer multi-disziplinären Besprechungen, kann diese dennoch durchgeführt werden. Hierbei ist zu bedenken, dass die Eltern sowohl über das Stattfinden als auch das Ergebnis informiert werden müssen.

- Die Risikoeinschätzung hat ergeben, dass die Entlassung eines Säuglings nach der Entbindung nur zu verantworten ist, wenn eine entsprechende Begleitung und Unterstützung der Mutter gewährleistet ist. Entscheidet die Mutter in einem solchen Fall kurzfristig, dass sie die Klinik mit ihrem Kind verlassen will, muss das Jugendamt entscheiden, ob es das Kind in Obhut nimmt oder ob die Situation durch den Einsatz entsprechender Hilfen gewährleistet werden könnte. Zu diesem Zweck kann es notwendig sein, dass die Kinderärztin (zu (besonderem) Pflegebedarf des Kindes), die Familienhebamme und die Familienhelferin (zu Art und Umfang ihrer Möglichkeiten) und das Jugendamt, gemeinsam beraten müssen, ob eine Entlassung vertretbar oder doch die Inobhutnahme des Kindes angemessen ist.

Für die gemeinsame Gefährdungseinschätzung ohne Einwilligung besteht eine hohe Schwelle. Insbesondere sind mit Blick auf die Erforderlichkeit der Gefährdungsgrad, die Gewissheit sowie die Tragfähigkeit der eigenen Hilfebeziehung sowie die Auswirkungen eines solchen Vorgehens auf zukünftige Hilfebeziehungen abzuwägen.

Alternativ bleiben je nach den konkreten Umständen des Einzelfalls ggf. die Möglichkeiten:

- a) das Jugendamt erfragt Informationen bei den Kooperationspartnern auf der Grundlage des §62 Abs. 3 Nr.2d SGB VIII, um auf dieser Grundlage Hilfe und Schutz zu ermöglichen und diese antworten, wenn nach den jeweils einschlägigen Vorschriften eine Übermittlungsbefugnis besteht (z.B. § 4 Abs. 3 KKG)⁴;
- b) durch eine entsprechende Einwilligung der Eltern wird anstatt einer Helferkonferenzen mit mehreren Akteuren ein bilateraler, gegenseitiger Austausch zwischen Jugendamt und einzelnen Kooperationspartner(n) möglich;
- c) die Einwilligung ist erforderlich, um den Schutz des Kindes zu gewährleisten und er kann auch nicht auf andere Weise sichergestellt werden; in diesem Fall dürfen Informationen ausgetauscht werden (vgl. § 65 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 SGB VIII, § 4 Abs. 3 KKG);
- d) das Jugendamt ruft das Familiengericht an mit dem Ansinnen, die Einwilligung der Eltern in die Datenweitergabe zu ersetzen (§ 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB).

Dazu, wie Helferkonferenzen oder Runde Tische gestaltet, die Eltern eingebunden und der Austausch verschiedener Akteure ermöglicht werden kann, liefern Projekte, wie z.B. die Münchner Hilfenetzwerke und ihre suchkranken oder psychisch erkrankten Eltern, vertiefende Informationen (<https://hilfenetzwerke.de/>).

Konfliktklärung in Helferrunden

⁴ Siehe hierzu die Ausführungen weiter oben

Unterschiedliche Einschätzungen zur Gefährdung und den Risiken eines Kindes können in Helferkonferenzen zu angespannten und konflikthaften Situationen führen, weil alle Beteiligten den Druck der Verantwortung für das Kind und seine Familie spüren. Die Sorge, dass das Kind, der/die Jugendliche und seine Familie nicht den Schutz und die notwendige Hilfe erhalten und dadurch weiterer Schaden droht, kann so groß sein, dass das konstruktive Gespräch und eine Klärung erschwert wird. Um dennoch eine inhaltliche Auseinandersetzung und ein gemeinsames „Fallverständnis“ zu ermöglichen, kann es daher sinnvoll sein, dass eine neutrale Person des Jugendamtes oder eine externe Person die Moderation einer Helferkonferenz übernimmt, um anstelle der Klärung der Frage „wer hat recht?“ ein gemeinsames Fallverstehen zu ermöglichen. Im Rahmen eines moderierten Prozesses werden dann die unterschiedlichen Perspektiven genutzt, um die bestehenden Einschätzungen zu reflektieren und eine gemeinsame, neue Bewertung vorzunehmen. Ist diese nicht möglich, weil sich die unterschiedlichen Einschätzungen nicht auflösen lassen, kann gemeinsam überlegt werden, wie – trotz der Differenzen – die weitere Zusammenarbeit konstruktiv und zum Wohle des Kindes und seiner Familie fortgeführt werden kann.

4 Fazit

Der Gesetzgeber fordert und fördert einerseits eine verbesserte Kooperation und somit auch den Austausch zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren im Kinderschutz. Auch die Fachpraxis erhofft sich von einem gelingenden Austausch im Kinderschutz u.a. bessere Einschätz- und Handlungsmöglichkeiten zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Andererseits steht die persönliche Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern unter einem hohen Schutz. Im Kinderschutzhandeln kann daraus ein herausforderndes Spannungsverhältnis werden, wenn es nicht gelingt oder nicht möglich ist, mit Eltern anlassbezogen deren Zustimmung zum Informationsaustausch zwischen verschiedenen Fachkräften zu erarbeiten. Idealerweise können Fachkräfte im Jugendamt bzw. ASD bereits zu Beginn der Fallbearbeitung den Eltern gegenüber transparent machen, welche Art von Informationen sie von welchen Fachkräften zur Einschätzung der Gefährdungssituation oder zur weiteren Schutz- und Hilfeplanung benötigen. Im Rahmen eines professionellen Vertrauensaufbaus und -erhalts sind Verlässlichkeit und Transparenz Familien gegenüber wesentliche Aspekte. In diesem Zusammenhang ist es förderlich, die Bedeutung von Wahrnehmungen, Informationen, eigenen und externen Arbeitsaufträgen, Kooperationen, Arbeitsschritten sowie den Zweck des Austauschs von Informationen zwischen unterschiedlichen Fachkräften für Familien angemessen verständlich zu machen. Zudem müssen Sorgeverantwortliche über die Weitergabe von Informationen aufgeklärt werden. In Situationen, in denen eine Kindeswohlgefährdung im Raum steht, erleben Familien Fachkräfte des Jugendamtes jedoch oftmals als Einmischung und Kontrollinstanz in Bezug auf ihre Lebensführung und Erziehungsgestaltung und signalisieren entsprechend zunächst Abwehr und Widerstand gegenüber Beratungs- und

Hilfeangeboten. Der Beratungskontakt entsteht somit nicht freiwillig aufgrund einer individuell erlebten Notlage, sondern im Rahmen institutionalisierter sozialer Kontrolle.

Ein Verständnis von Widerständen und hilfeabwehrenden Verhaltensweisen von Eltern, u.a. als Ausdruck von emotionalen Schutzmechanismen oder als Strategien zur Aufrechterhaltung von familiärer Autonomie sowie geeignete Beratungskonzepte - wie beispielsweise Ansätze der motivierenden Gesprächsführung -, können für den Aufbau einer Beratungsbeziehung im Kinderschutz hilfreich sein (vgl. Kinderschutz-Zentrum Berlin 2000, S. 103 ff; Conen 1999, S. 287 f; für eine vertiefte Einführung in Beratungskonzepte im Zwangskontext siehe Klug, im Erscheinen).

Für Kontexte, in denen der Aufbau einer vertrauensbasierten Arbeitsbeziehung mit Familien im Kinderschutz nicht gelingt und in denen eine Einwilligung der Eltern für einen multidisziplinären Austausch nicht einzuholen ist, fehlen Fachkräften jedoch mitunter weiterführende Möglichkeiten zum interdisziplinären Austausch und für entsprechende Kooperationen. Hier ist zu erwägen, ob bzw. für welche Situationen und Konstellationen vonseiten des Gesetzgebers datenschutzrechtliche Voraussetzungen geschaffen werden müssten, um geeigneter Formen der Kooperation und den notwendigen Datenaustausch im Sinne eines gelingenden Kinderschutzes weiter zu befördern.

Literatur

Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Nordrhein-Westfalen (2018): (EU-) DSGVO: Was ist neu im Datenschutz? – Ein Überblick für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe (AJS MerkblattDSGVO).

Bertsch, Bianca (2016): Wirkungen des Bundeskinderschutzgesetzes – wissenschaftliche Grundlagen. Ergebnisbericht zu Erhebungen im Gesundheitswesen. München.

Conen, Marie-Luise (1999): „Unfreiwilligkeit“ - ein Lösungsverhalten. Zwangskontexte und systemische Therapie und Beratung. Familiendynamik, 24, 282-297.

DIJuF/NZFH (2015): Datenschutz bei Frühen Hilfen. Praxiswissen kompakt. Köln/München.

Gissel-Palkovich, Ingrid (2011): Lehrbuch Allgemeiner Sozialer Dienst – ASD. Rahmenbedingungen, Aufgaben und Professionalität. Weinheim und München.

Fegert, Jörg M. (2013/2014): Bedingungen, Prinzipien und Herausforderungen interdisziplinärer Kooperation im Kinderschutz. In: IZKK-Nachrichten: Konstruktiv kooperieren im Kinderschutz. 1, 4-9.

Fegert, Jörg M./Ziegenhain, Ute/Knorr, Carolin C./ Künstler, Anne K. (2010): Kinderschutz im Spannungsfeld von Gesundheits- und Jugendhilfe: Bedeutung evidenzbasierter Strategien. In: Süß, Gerhard J./Hammer, Wolfgang (Hrsg.): Kinderschutz. Risiken erkennen, Spannungsverhältnisse gestalten. Stuttgart.

Gissel-Palkovich, Ingrid (2011): Lehrbuch Allgemeiner Sozialer Dienst – ASD. Rahmenbedingungen, Aufgaben und Professionalität. Weinheim und München.

Goldbeck, Lutz/Laib-Koenemund, Anita/Fegert, Jörg, M. (2005): Hilfeprozess-Koordination im Kinderschutz. Ein Projekt zur Qualitätssicherung durch externe Institutionsberatung. Abschlussbericht. URL

https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKewi4wNeVsvzhAhXNKewKHYFID34QFjAAegQIARAC&url=https%3A%2F%2Foparu.uni-ulm.de%2Fxmlui%2Fbitstream%2Fhandle%2F123456789%2F902%2Fvts_5715_7577.pdf%3Fsequence%3D1%26isAllowed%3Dy&usq=AOvVaw03NnFTv6yYsCb9BtXl3Qjf (letzter Zugriff 02.05.20019).

Hoffmann, Birgit (2017): Einwilligung der betroffenen Person als Legitimationsgrundlage eines datenverarbeitenden Vorgangs im Sozialrecht nach dem Inkrafttreten der DSGVO, NZS 2017, 807-812.

Hundt, Marion (2019): Datenschutz in der Kinder- und Jugendhilfe – Praxishandbuch für die sozialpädagogische Arbeit. Regensburg.

Kinderschutz-Zentrum Berlin (2000): Kindesmisshandlung. Erkennen und Helfen. Berlin.

Kindler, Heinz / Gerber, Christine / Lillig, Susanna (2016): Wissenschaftliche Analyse zum Kinderschutzhandeln des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald im Todesfall des Kindes A. Deutsches Jugendinstitut e. V.

Kindler, Heinz (2018): Kooperation im Kinderschutz im internationalen Vergleich. Dokumentation eines Fachgesprächs: Kooperation im Kinderschutz – Schnittstelle oder Schwachstelle. URL <https://www.fruehehilfen.de/qualitaetsentwicklung-kinderschutz/fachgespraech-kooperation-im-kinderschutz/> (letzter Zugriff 13.06.2019).

Klug, Wolfgang (im Erscheinen): Methoden der Beratung unfreiwilliger Klientinnen und Klienten im Jugendamt im Kinderschutz. Expertise im Rahmen des Projektes „Qualitätsentwicklung im Kinderschutz in Baden-Württemberg. München.

Kunkel, Peter-Christian/Kepert, Jan/Pattar, Andreas Kurt (Hrsg.) (2018): Sozialgesetzbuch VIII – Kinder- und Jugendhilfe. Lehr- und Praxiskommentar. Baden-Baden.

Lillig, Susanna (2006): Welche Phasen der Fallbearbeitung lassen sich unterscheiden? In Kindler, Heinz / Lillig, Susanna / Blüml, Herbert / Meysen, Thomas / Werner, Annegret (Hrsg.): Handbuch **Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD). München, Kapitel 44.**

Merchel, Joachim (Hrsg.) (2015): Handbuch Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD). München.

Meysen, Thomas/Eschelbach, Diana (2012): Das neue Bundeskinderschutzgesetz. Baden-Baden.

Meysen, Thomas/Schönecker, Lydia/Kindler, Heinz (2009): Frühe Hilfen im Kinderschutz – Rechtliche Rahmenbedingungen und Risikodiagnostik in der Kooperation von Gesundheits- und Jugendhilfe. Weinheim und München.

Münder, Johannes/Meysen, Thomas/Trenczek, Thomas (Hrsg.) (2019): Frankfurter Kommentar SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe. Baden-Baden.

Münder, Johannes (2015): Kinder- und Jugendhilferecht – Eine sozialwissenschaftliche Darstellung. Baden-Baden.

Riekenbrauk, Klaus (2018): Neuerungen des Sozialdatenschutzes für die Jugendhilfe – auch – im Strafverfahren durch die Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) sowie durch die entsprechenden Änderungen des SGB I und X, ZJJ 2/2018, 146-151.

Santen van, Eric/Seckinger, Mike (2003): Kooperation: Mythos und Realität einer Praxis. Eine empirische Studie zur interinstitutionellen Zusammenarbeit am Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe. München.

Schellhorn, Helmut/Fischer, Lothar/Mann, Horst/Kern, Christoph (2017): SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe. Kommentar. Köln.

Schimke, Hans-Jürgen (2015): Berichte/Dokumentation/Aktenführung. In: Merchel, Joachim (Hrsg.): Handbuch Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD). München.

Schönecker, Lydia (2009): Datenschutz als Schutz der Vertrauensbeziehung bei Frühen Hilfen – Perspektiven aus Gesundheits- und Jugendhilfe, JAmt 07-08, 337-342.

Süss, Gerhard J./Hammer, Wolfgang (Hrsg.) (2010): Kinderschutz. Risiken erkennen, Spannungsverhältnisse gestalten. Stuttgart.

Wiesner, Reinhard (Hrsg.) (2015): SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe. Kommentar. München.

Witte, Susanne (2017a): Differences in investigations in cases of suspected child maltreatment in three countries: results from a case file analysis. Presentation given at the ISPCAN European Regional Meeting 2017, 1st to 4th October 2017, Den Hague.

Witte, Susanne (2017b): Hestia Project. Study Design and Descriptive Statistics. Unveröffentlichtes Manuskript. München.

Ziegenhain, Ute/Schöllhorn, Angelika/Künster, Anne K./Hofer, Alexandra/König, Cornelia/ Fegert, Jörg M. (2011): Werkbuch Vernetzung. Chancen und Stolpersteine interdisziplinärer Kooperation und Vernetzung im Bereich Früher Hilfen und im Kinderschutz. Köln

Anhang

Einwilligungserklärung / Entbindung von der Schweigepflicht

(Muster)

Hiermit erkläre ich/wirⁱ,

Vor- und Nachname:

Geb. am:

Anschrift:

meine/unsere Einwilligung, dass

PERSON 1:

Vor- und Nachname:

berufliche Funktion: **in** (Institution):

zu folgendem

Zweck:

.....

...

hinsichtlich folgender

Inhalte/Themen:

.....

...

.....

...

.....

...

die erforderlichen Informationen weitergeben darf an:

PERSON 2:

Vor- und Nachname:

berufliche Funktion: **in** (Institution):

- Ich/wir bin/sind damit **einverstanden**, dass diese Einwilligung in Bezug auf den angegebenen Zweck sowie die vermerkten Inhalte/Themen für **wechselseitige Informationsweitergaben** zwischen beiden Personen gilt.
- Ich/wir bin/sind **nicht damit einverstanden**, dass diese Einwilligungserklärung auch gegenüber Person 2 gilt. Vielmehr möchte/n ich/wir im Rahmen einer weiteren Einwilligungserklärung die konkreten Inhalte zunächst mit ihr persönlich besprechen.

Diese Einwilligung ist freiwillig und kann jederzeit von mir mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ort, Datum

Unterschrift/en

¹ Im Falle gemeinsam sorgeberechtigter Eltern benötigt es für Erklärungen im Kontext von Angelegenheiten mit erheblicher Bedeutung für das Kind, der Einwilligung und Unterschriften beider Elternteile.